bbz
Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN
69. (84.) JAHRGANG
APRIL / MAI 2016

UNTERNEHM€N HOCH$CHULE

RECHT & TARIF
Fragen und Antworten zum Warnstreik der angestellten Lehrkräfte

TENDENZEN
Ein Plädoyer, weniger vom Migrationshintergrund zu reden

INTERNATIONALES
Flüchtlingshilfe auf der griechischen Insel Lesbos

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Redaktionelles | Impressum ... 3-5

TITEL

Unternehmen Hochschule ... 6

Governance – die neue Leitmaxime der Wissenschaftspolitik *U. Kadritzke* ... 7

Hochschuldemokratie für Promovierende kommt nicht als Geschenk *J. Moes* ... 8

Wo sind die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen? *J. Hofman / L. Williams* ... 9

SCHULE

Die Berliner Schulen sind zu wenig durchmischt *N. Kiefer* ... 12

Wie ein moderner Lernort entsteht *U. Meuel / K. Will* ... 14

RECHT & TARIF

Lehrkräfte in den Entgeltgruppen 9, 10 und 11 aufgepasst! *H. Dehring/ K. Metzig* ... 16

Fragen und Antworten zum Streik der angestellten Lehrkräfte *M. Honisch / U. Mertens* ... 20

SONDERSEITEN

Comicplakat zum 1. Mai ... 18

SENIORITA

Ingeborg Uesseler-Gothow: Gewerkschaft war mein Hobby *Interview D. Haase / K. Will* ... 21

Erinnerung an den Start der Jungen Alten *M. Pousset* ... 23

TENDENZEN

BerlinerInnen mit ohne Hintergrund *C. Erkisi* ... 25

GEWERKSCHAFT

Ein Blick hinter die Kulissen im Personalrat *Interview C. Muñoz del Rio / M. Hanisch* ... 26

Nachrufe ... 29

INTERNATIONALES

Flüchtlingshilfe auf Lesbos *Interview J. Axmann* ... 30

SERVICE

Theater und Schule | Aktivitäten | Materialien ... 32

20 RECHT & TARIF Warum streiken die angestellten Lehrkräfte in Berlin? Darf der Senat überhaupt mit uns verhandeln? Und gibt es nicht längst einen Tarifvertrag? Rund um den Streik erreichen uns viele Fragen. Manuel Honisch und Udo Mertens haben einige der häufigsten beantwortet.

25 TENDENZEN Cem Erkisi kann den Begriff »multikulti« nicht mehr hören. Viele BerlinerInnen haben einen Migrationshintergrund. Erkisi plädiert dafür, diesen Hintergrund nicht immer so in den Vordergrund zu stellen. Er schlägt vor, lieber die Gemeinsamkeiten zu betonen.

30 INTERNATIONALES Die Gruppe »Respekt für Griechenland« setzt sich für ein solidarisches und demokratisches Europa ein. Dabei wird sie auch von der GEW BERLIN unterstützt. In einem Interview berichtet Claus Kittsteiner von seiner Arbeit für Geflüchtete auf der Insel Lesbos.

TITEL: SERGEY NIVENS/FOTOLIA; OBEN: PRIVAT, MITTE: LUCAZZITTO/FOTOLIA, UNTEN: PRIVAT

LEUTE

Margarete von Brentano (1922 bis 1995) hat sich schon Anfang der 1960er Jahre kritisch mit der Rolle von Frauen an der Universität auseinandergesetzt. Die Professorin für Philosophie war die erste Frau als Vizepräsidentin an der Freien Universität Berlin (FU). Nach ihr wurde jetzt das neue Zentrum für Geschlechterforschung an der FU benannt. Dort sollen künftig die Arbeit der 1981 gegründeten Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung und die Aufgaben des Interdisziplinären Zentrums Geschlechterforschung weitergeführt werden.

Dieter Imboden empfiehlt den deutschen Hochschulen starke Führungsstrukturen und mehr Autonomie. Differenzierung und »Governance« stehen im Zentrum der Empfehlungen des schweizer Umweltphysikers zur Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative. Die PräsidentInnen sollen Schwerpunkthemen »top down« fördern. »Spitze statt Breite« laute die Devise, schreibt das Neue Deutschland. Imboden wiederum betont, Präsidenten als Diktatoren seien nicht sein Ziel.

Torsten Bultmann von der Vereinigung demokratischer Wissenschaftler (BdWi) kritisierte die Ergebnisse der Imboden-Kommission scharf. Weder werde eine praktikable Lösung für den wissenschaftlichen Nachwuchs mit unsicherer Karriereperspektive angeboten noch die chronische Unterfinanzierung des Hochschulsystems in Angriff genommen. Die Exzellenzinitiative stellt für Bultmann keinen offenen wissenschaftlichen Wettbewerb dar, sondern »eine Legitimation für ungleiche Geldkonzentration«.

Joschka Langenbrinck ist entsetzt über die hohen AbbrecherInnen-Zahlen an Berliner Schulen. Der SPD-Abgeordnete aus Neukölln forderte eine »Qualitätsoffensive in unseren Schulen«. Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte sei zu senken, mehr Geld für Neueinstellungen müsse her und es müsse finanzielle Zulagen an Brennpunkt-Schulen und Kitas geben, betonte Langenbrinck. Darüber will er nun mit Finanzsenator Kollatz-Ahnen sprechen. Ob der ein offenes Ohr hat? ■

FOTO: PRIVAT

Wir Eltern hätten andere Prioritäten gesetzt

Mit dem neuen Kitagesetz werden Kitas günstiger, aber nur ein bisschen besser.

Katrin Molkentin, Vorsitzende des Landeselternausschusses Berliner Kindertagesstätten (LEAK)

Eltern nehmen Kitas in Anspruch, immer häufiger und immer lieber. Das ist gut. Aber leider nur ein Teil der Wahrheit. Sie würden noch viel lieber gute Kitas nutzen, die immer zur Verfügung stehen. Aber das Bildungsversprechen für die Kleinsten ist an vielen Tagen oft nur eine Betreuungsrealität und an manchen Tagen ein Vereinbarkeitsproblem: Dann nämlich, wenn Eltern gebeten werden, ihre Kinder früher abzuholen oder gefragt werden, ob sie am Folgetag ganz auf die Kita verzichten könnten.

Eltern werden benötigt, um Ausflüge zu ermöglichen. Eltern bauen Spielelandschaften mit auf oder renovieren die Räumlichkeiten. Kitas brauchen diese Unterstützung, denn sie sind nicht ausreichend ausgestattet, um es ohne diese Hilfe hinzubekommen.

Der Kita-Ausbau der letzten Jahre hat immer mehr Kinder in die Einrichtungen gebracht. Die Betreuungsquote ist angestiegen, aber auch die räumliche Enge. Denn der Ausbau ging auch zu Lasten von Nutzungsräumen und Spielflächen. Flapsig ausgedrückt: Aus fast allem, was eine Tür hatte, wurde ein Gruppenraum gemacht.

Die Eltern waren sehr gespannt auf den Entwurf zum neuen Kitagesetz. Leider bleibt er hinter unseren Erwartungen. Er beinhaltet einen großen Beitragsschritt und einen viel zu kleinen Qualitätsschritt. Er wird Kindern nicht die frühe Bildung und Eltern nicht die Verlässlichkeit bringen, die gewünscht ist. Wir Eltern hätten andere Prioritäten gesetzt. Wir Eltern fordern, dass es mehr Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel geben muss. Wir Eltern wollen die Verbesserung um ein zu betreuendes Kind weniger pro PädagogIn bereits ab 2016. Damit würde Berlin sich an den Bundesdurchschnitt heran bewegen, bliebe allerdings weiter auf Abstand zur wissenschaftlichen Empfehlung.

Die wissenschaftlichen Empfehlungen sprechen übrigens von allen Kindern und nicht nur von Kindern aus Familien mit besonderen Herausforderungslagen oder gar Wohngebieten mit benachteiligenden Bedingungen. Wir wollen, dass es für alle Kinder eine Verbesserung gibt und nicht nur für einige.

Wir begrüßen, dass Berlin weiter das Ziel verfolgt, Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig zu machen. Unsere Gespräche und Erfahrungen zeigen aber, dass die Gebühren für Familien mit geringem Einkommen viel belastender sind, als für Familien mit durchschnittlichen und mittleren Einkommen. Daher fordern wir eine vollständige Gebührenbefreiung für Familien mit Berlin-Pass und Einkommen bis 22.500 Euro. Das bedeutet auch, dass es eine Abschaffung der Essensgebühren geben muss. Denn dem belasteten Geldbeutel ist es egal, wie die Kosten heißen, die nicht aufgebracht werden können und am Ende eine Kitanutzung verhindern.

Die Gebührenbefreiung für die Krippenjahre kann aus Sicht der Eltern noch um ein bis drei Jahre verschoben werden, um Gelder für die wichtigeren Schritte freizumachen. Beitragsfreie Kitas sind möglich und ein lohnenswertes Ziel. Aber nur wenn diese Kitas auch gute Kitas sind, die Eltern gern nutzen. Nur wenn es Kitas sind, in denen Fachkräfte gern arbeiten, weil ihre Arbeitsbedingungen eine Förderung der Kinder möglich macht. ■

Um bis zu 400 Euro liegt das Einkommen der Berliner ErzieherInnen und SozialpädagogInnen unter dem Gehalt ihrer KollegInnen in anderen Bundesländern. Das liegt daran, dass in den anderen Bundesländern nach dem TVöD und in Berlin nach dem schlechteren TV-L bezahlt wird. Für die GEW BERLIN ist das nicht akzeptabel. 200 KollegInnen zogen am 8. März vor die Senatsbildungsverwaltung und forderten eine Verbesserung ihrer Einkommen.

Alle reden über Integration, doch die Arbeitsbedingungen für die mehr als 20.000 DozentInnen in den Deutschkursen sind schlecht. Oft leben die akademisch gebildeten Fachkräfte unter prekären Bedingungen. Dagegen sind 100 von ihnen am 9. März auf die Straße gegangen. Sie fordern einen tarifgebundenen Angestelltenstatus wie Sprachlehrkräfte an staatlichen Schulen oder mindestens eine Verdoppelung des branchenüblichen Honorars.

FOTOS: CHRISTIAN VON POLENTZ / TRANISTFOTO.DE

GEW setzt sich für Diskriminierungs-Beschwerdestelle ein

Da es bisher kaum Schutz vor Diskriminierungen im Schulbereich gibt, ist aus Sicht der GEW BERLIN die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für alle am Schulleben Beteiligten dringend nötig. Am 9. März hat das »Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita«, kurz BeNeDiSK, ein Positionspapier vorgestellt. In dem Papier werden die Leitlinien für eine unabhängige Informations- und Beschwerdestelle aufgeführt. Ziel ist der nachhaltige Abbau von und der Schutz vor Diskriminierung in der Berliner Schule. Die GEW BERLIN unterstützt dieses Ziel ausdrücklich und hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, welches die notwendigen Eckpfeiler für die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle zum Schutz vor Diskriminierung im Schulbereich beschreiben soll. Mehr Informationen unter: www.benedisk.de

Land gibt SIWA-Geld nicht aus

689 Millionen Euro stehen in diesem Jahr aus dem »Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt« (SIWA) für Investitionen zur Verfügung. Ein Großteil davon könnte in Kitas und Schulen investiert werden. Laut Informationen des *Tagesspiegels* wurde bis Jahresende 2015 jedoch gerade einmal ein Zehntel des verfügbaren Geldes ausgegeben, und das für neue U-Bahnwagen. Von den 106 Millionen Euro, die für die Sanierung von Kitas und Schulen bereit stehen, wurde bisher lediglich eine Million Euro für vorbereitende Maßnahmen ausgegeben. »Man hat fast den Eindruck, dass die Gelder für Schulen und Kitas gar nicht abfließen sollen«, kritisierte die Grünen-Schulexpertin Stefanie Remlinger.

Tausende Geflüchtete warten auf Schulplatz

An den Berliner Oberstufenzentren warten nach Angaben von Flüchtlingsinitiativen 1.600 Geflüchtete im Alter zwischen 16 und 18 Jahren auf einen Schulplatz. Die Schulen seien ausgelastet; um die Wartenden in den Willkommensklassen unterzubringen, fehlten Lehrkräfte und Plätze, sagte Ronald Rahmig, Vorsitzender der Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen. Eine Umfrage der Berliner Morgenpost ergab wiederum, dass in Berlin mindestens 1.000 geflüchtete Kinder im schulpflichtigen Alter zwischen 6 und 16 Jahren keinen Unterricht erhalten. Besonders rund um die großen Notunterkünfte herum ist die Lage kritisch.

Religiöse Erziehung wohl kein Indikator für selbstloses Verhalten

Laut einer internationalen Studie der University of Chicago verhalten sich Kinder aus religiösen Familien weniger altruistisch als solche aus nicht-religiösen Familien. Getestet wurde das soziale Verhalten von 1.170 Kindern zwischen fünf und zwölf Jahren aus Kanada, China, Jordanien, Südafrika, der Türkei und den USA. Dabei ermittelten die ForscherInnen, wie bereitwillig die Kinder Dinge mit Unbekannten teilten, wie sie auf boshaftes Verhalten anderer reagierten und welche Bestrafungen sie als angemessen empfanden. Bei alledem schnitten religiös erzogene Kinder schlechter ab als nicht-religiös erzogene Kinder. Interessanterweise wurde die Studie von der John Templeton Foundation gefördert – eine Stiftung, der häufiger religiöser Lobbyismus vorgeworfen wird.

Abstimmung über bedingungsloses Grundeinkommen

In der Schweiz wird Anfang Juni 2016 per Volksabstimmung entschieden, ob dort jede BürgerIn ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten soll. Die InitiatorInnen sehen einen Betrag in Höhe von 2.500 Franken (etwa 2.300 Euro) vor, den jede BürgerIn ohne Arbeitsleistung, Arbeitsbereitschaft oder eine Gegenleistung erhält. In Deutschland wird beim Grundeinkommen über einen Betrag von 800 bis 1000 Euro diskutiert. Hier sind die Gewerkschaften mehrheitlich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen. In der GEW ist diese Diskussion bislang kein Thema.

POST AN DIE REDAKTION

Eine Rechnung, die nicht aufgeht, *bbz Februar 2016*

Liebe bbz-Redaktion, zunächst einmal habe ich mich gefreut, dass das Thema Beamtenbesoldung bei der GEW doch noch eine Rolle spielt und offenbar beim Leiter der Rechtsschutzstelle auf Interesse stößt. Trotz einzelner Unterschiede beträgt der Berliner Besoldungsrückstand auf den Durchschnitt der Bundesländer mindestens 5 Prozent. Bei einer zusätzlichen, jährlichen Anpassung von 0,5 Prozent über dem jeweiligen TdL-Abschluss bedeutet das jedoch einen Anpassungszeitraum von etwa zehn Jahren. Das ist nicht akzeptabel und müsste in einem solchen Artikel auch erwähnt werden. Die Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, hat schon im Mai 2015 in einem Brief an Innensenator Henkel darauf hingewiesen und eine über die gewährten 3 Prozent hinausgehende, zusätzliche Besoldungserhöhung in Höhe des TdL-Abschlusses verlangt. Ich erwarte von der GEW, dass die nun wirklich berechtigte Forderung des DGB in 2016 deutlich unterstrichen wird und nicht die Rechenart des Senats mit 2,3 Prozent plus 0,5 Prozent gleich 2,8 Prozent so einfach akzeptiert wird. Im Übrigen ist bei der Berliner Beamtenbesoldung trotz der Anhebungen seit 2010 schon wieder ein Rückstand von über 2 Prozent auf die Erhöhungen der TdL eingetreten und der seit Jahren immer gleiche Festbetrag der Jahressonderzahlung wird prozentual immer kleiner. Also bitte mehr »Bumms« bei der Besoldungspolitik! *Dr. Thomas Gaudszun*

Entkoppelt die Oberstufe, *bbz Februar 2016*

Die Ideen von Thomas Isensee sind gut. Er weiß natürlich aber auch, dass die Chancen für eine Realisierung seiner Pläne gegen Null gehen, weil es eben auch ums Gymnasium geht. Das Gymnasium verkörpert für mächtige Teile unserer Gesellschaft die Institution, die die Privilegien ihrer Kinder auf die nächste Generation übertragen kann. Schule vermittelt in unserer Gesellschaft nicht nur Wissen und Bildung, sondern auch Chancen zur Erreichung knapper gesellschaftlicher Positionen, die Prestige, Macht und Geld versprechen. Man kann in Deutschland Schulreformen machen – manchmal sogar radikale, wie etwa in Berlin die Abschaffung von Haupt- und Realschulen – nur das Gymnasium darf nicht angetastet werden. Wird so etwas gewittert, dann bricht ein politischer Sturm los. Schulkampf, dessen Kern zumeist der Erhalt des Gymnasiums ist, ist für die Konservativen immer die letzte, furchtbarste Waffe, die alle Reformer zerschmettert. Die Befürworter von Schulreformen in Deutschland dagegen sind schwach und unsicher. Angeführt werden sie von einer zumeist mutlosen SPD, die Grünen konzentrieren sich lieber auf Privatschulen. Die Linke ist zu schwach und zu leicht mit dem Schulwesen der DDR zu identifizieren, auch wenn dieses in machen Aspekten nicht so schlecht war. Die Berliner Gymnasien haben momentan das Problem, dass ihr zwölfjähriger Weg zum Abitur bei manchen Eltern wenig Freude erregt und die Anmeldezahlen gegenüber renommierten ISS zurückgehen. Ich bin aber ganz sicher, wenn die Gymnasien ernsthaft Probleme bekommen würden, würden auch sie das Recht erhalten, erst nach 13 Jahren das Abitur anzubieten. Man wird da sehr flexibel sein. Nun zum Schluss ein trauriger Blick auf unsere Gewerkschaft. Sie ist auf diesem Feld nicht besser als unsere Gesellschaft. Die GEW wird niemals ernsthaft das Gymnasium angreifen. Unsere Mitglieder waren mehrheitlich selbst auf einem Gymnasium. Sie schicken ihre Kinder auf dieselben. Dass die GEW oft machtvolle Resolutionen für Bildungsreformen verabschiedet, hat ungefähr dieselbe Bedeutung wie früher Beschlüsse der SPD zur Abschaffung des Kapitalismus. Also, die Idee ist gut. Nur leider die gesellschaftliche Realität....

Eckhard Rieke

Unterrichten mit Kopftuch – in Kreuzberg ja, in Steglitz nein, *bbz Februar 2016*

Die staatliche Schule vermittelt Wissen über Religionen im Fach Ethik, ansonsten gilt in der Berliner Schule das Neutralitätsgebot. Grundgesetz, Art. 141, und Schulgesetz, § 13, kann jeder nachlesen. Einzelne Schulen können nicht davon abweichen, auch nicht durch Mehrheitsbeschlüsse in Gremien. Es ist das Dilemma vorauszusehen, dass nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil die Kollision mit dem Berliner Neutralitätsgesetz zur

Fortsetzung auf Seite 29

ÜBRIGENS

Gemerkt? In der Mitte dieses Heftes haben wir ein Poster versteckt. Wir machen dieses Jahr auf ungewöhnliche Weise Werbung für den 1. Mai. Die Bilder auf dem Poster sind einem Comic der DGB-Jugend entnommen. Danke für die Erlaubnis, das so zu drucken, und auch an Laura Pinnig für die gute Idee.

Es gibt zwei kleine Veränderungen im Heft. Wir wollen euch zum Schreiben für die *bbz* animieren. Daher steht im Kasten unter diesem Text ab sofort die konkrete Bitte um Texte. Und wir wollen euch zum Mitmachen in der GEW animieren, weswegen die Terminleiste auf der Rückseite künftig nicht nur die Gruppen nennen soll, die sich treffen, sondern auch die Themen, die behandelt werden.

Wundert euch nicht. Bis zur nächsten Ausgabe dauert es eine Weile. Wir machen unsere Oster-Pause. Das nächste Heft gibt es Anfang Juni. Genießt die Lektüre dieses Mal also besonders! *CMdR*

Von Mitgliedern für Mitglieder

Die Redaktion freut sich über Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. *Also schreibt für die bbz!* Schickt eure Texte an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS
Juni: 28. APRIL 2016
Juli/August: 2. JUNI 2016

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Josef Hofman, Manuel Honisch, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Gelareh Shahpar (studentische Hilfskraft).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/ Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207 04-05/2016: 27.100

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der bbz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

UNTERNEHM€N HOCH$CHULE

One (wo)man – one vote. Das ist Demokratie in Reinform. Eigentlich klar, denkt jeder vernünftige Mensch. Es gibt aber Gebiete, in denen das nicht so klar zu sein scheint. Zum Beispiel dürfen in der Schweiz Frauen erst seit neulich wählen. Und in unserer Bundesrepublik brauchten in den 50er Jahren Frauen noch die Erlaubnis ihres Ehemanns, wenn sie einer Berufstätigkeit nachgehen wollten.

Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts – im Ausklang der Studierendenrevolte – war auch die Politik so weit, an den Hochschulen demokratischere Verhältnisse zuzulassen. Die Konzile in Berlin, die zum Beispiel die PräsidentInnen wählten, waren nahezu viertelparitätisch besetzt – mit Ausnahme der unterprivilegierten sonstigen MitarbeiterInnen. Dadurch konnten seinerzeit sogar »Mittelbauer« an der Freien und der Technischen Universität PräsidentInnen werden. Sofort setzte die Gegenbewegung ein. Die NofU, die Notgemeinschaft für eine freie Universität, gründete sich und kämpfte mit allen Mitteln gegen den Fortschritt. Sie hatte damit vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg.

Das Gericht schrieb vor, dass in allen Gremien, die die Kernaufgaben der Universität zu bestimmen hatten, die Gruppe der ProfessorInnen (damals hieß es noch »Professoren«) nicht überstimmbar sein sollten. Einzig in der »Kommission für Lehre und Studium«, der LSK, die die Akademischen Senate in entsprechenden Angelegenheiten beraten (!) durfte, kam den Studierenden die Hälfte der Sitze zu.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse an den Berliner Hochschulen weiter verändert. Sei es, dass der Trend zur Einmütigkeit bei den ProfessorInnen zugenommen hat, sei es, dass aufgrund der prekären Verhältnisse und des Zwangs sich für die Karriere auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren, das Engagement bei den nichtprofessoralen Gruppen nachgelassen hat. Über die Folgen dieses Trends wird in den nachfolgenden Beiträgen reflektiert.

Folker Schmidt

FOTO: SERGEY NIVENS/FOTOLIA; LINKS:: POLYGRAPHUS/FOTOLIA, MONTAGE BLEIFREI

GOVERNANCE AL$ €RMÄCHTIGUNG

Governance, das neue Zauberwort der Wissenschaftspolitik, sagt wenig aus. Dennoch gilt es als neue Leitmaxime für die Regierbarkeit von Hochschulen. Durchaus ein Gegensatz zur Diskussion um »gute Wissenschaft« und »gute Hochschule«.

von Ulf Kadritzke

Glaubt man aktuellen Stimmen zur verzögerten Neuwahl des HU-Präsidiums, so geht ein Gespenst um an deutschen Hochschulen: »Unregierbarkeit«. Jenseits des aktuellen Falls geht es um Organisationsrezepte, die das Funktionieren der Hochschulen verbessern sollen. Das neue Zauberwort, aus dem Englischen importiert und im Zuge der Exzellenzwettbewerbe zum Organisationsleitbild befördert, heißt »Governance«. Es klingt wissenschaftlich seriös und schmeckt zugleich nach Praxis. Mit dem Adjektiv »good« versehen, verspricht es die Vereinbarkeit von Effizienz und Transparenz, von Führung und demokratischer Teilhabe. SkeptikerInnen geben freilich zu bedenken, Governance sei als »funktionaler Management-Code« gerade wegen seiner Unbestimmtheit so beliebt.

Im Zeichen der Exzellenzinitiativen und der Konkurrenz um knappe öffentliche und private Mittel fordert das neue Leitbild die Hochschulleitungen auf: Habt Mut zum Regieren. Der Appell wird mit Begründungen und Bildern aus der Welt des Marktes und der Unternehmen garniert. Da ist einerseits viel Wortgeklingel im Spiel, andererseits wird schon ernst gemacht mit »Stärken-Schwächen-Analysen«, »Zielvereinbarungen« und managementartigen Gehältern für PräsidentInnen. Auffällig ist der Grundgedanke, mechanisch vom Privatunternehmen auf die ganz andere Organisationskultur der Hochschulen zu übertragen. Nach DAAD-Präsidentin Margret Wintermantel erfordert der »internationale Wettbewerb« in der Forschung »angemessene Entscheidungsstrukturen und starke Hochschulleitungen«.

Man ahnt nichts Gutes

»Angemessen«, »gut« und »stark« soll das neue Regieren von Hochschulen sein. Aber angemessen für wen, gut und stark wofür? Wer den Hochschulen noch den Auftrag zur »Bildung durch Wissenschaft« (so das Zukunftskonzept der HU-Exzellenzinitiative) zuspricht, sieht sich von den Rufen nach mehr Governance in der Skepsis bestätigt. Man ahnt für das ohnehin schwache Pflänzchen Demokratie und Partizipation nichts Gutes, zumal der CDU-Wissenschaftspolitiker Michael Kretschmer schon Konsequenzen fordert: »Wir müssen die kollektive Verantwortungslosigkeit, die wir zumindest in Teilen der Hochschulen durch die Gremienstruktur haben, brechen«.

Es droht die Realisierung des Leitbilds der unternehmerischen Hochschule. In ihm fungieren Hochschulräte wie Aufsichtsräte, die tatsächlich weder demokratisch legitimiert sind noch alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft darstellen. Es ist dieselbe zur Macht gelangte Denkweise, die den Wettbewerb zwischen Exzellenz- und »sonstigen« Universitäten zum produktiven Sachzwang erklärt. Zu diesem Zwang scheint auch zu gehören, dass unter den Exzellenz-Zielen die Qualität der Lehre auf die hinteren Plätze verwiesen ist.

Was wäre demgegenüber wirklich gutes Regieren an Hochschulen? Es geht es um die Autonomie der Wissenschaften, um gute Ausbildung, um kritisches Denken und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung für das, was in Forschung und Lehre entdeckt, reflektiert und vermittelt wird. Gemessen an solchen vernünftigen Ansprüchen zieht Wolfgang Lieb, früher Wissenschaftspolitiker, heute kritischer Experte, das nüchterne Fazit: »Die überwiegende Mehrheit der Forschenden und Lehrenden an den Hochschulen und erst recht die Studierenden sind mit der neuen Freiheit, verglichen mit ihren früheren Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten, wesentlich unfreier geworden als unter der früheren akademischen Selbstverwaltung.« Das Urteil bedeutet nicht, dass früher alles besser gewesen wäre. Aber es sollte uns ermutigen, intensiv über »gute Wissenschaft« und die »gute Hochschule« zu diskutieren, vor allem sich nicht von »good governance« ruhig stellen zu lassen. Den Disput unter Anerkennung unterschiedlicher Ansprüche und Erwartungen auszutragen, wäre ein vernünftiges hochschulpolitisches Leitbild. Man könnte es Demokratie nennen. ■

Ulf Kadritzke, Mitglied des Kuratoriums der Humboldt-Universität Berlin

FOTO OBEN: FLAIRIMAGES/FOTOLIA; RECHTS: POLYGRAPHUS/FOTOLIA, MONTAGE BLEIFREI

HOCH$CHULDEMOKRATIE FÜR PROMOVIERENDE KOMMT NICHT AL$ GE$CH€NK

Promovierende waren lange unsichtbar in den Hochschulstrukturen. Außerhalb Berlins hat sich in den vergangenen Jahren jedoch einiges bewegt.

von Johannes Moes

Promovierende sind eine fast unsichtbare Gruppe, wenn es um akademische Gremienstrukturen geht. In den Verfassungen der Hochschulen werden sie nicht erwähnt. Als immatrikulierte Promovierende verschwinden sie im AStA/RefRat oder in den akademischen Gremien unter den Studierenden. Und in der Statusgruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen verlieren sie sich mit ihren Anliegen unter den VertreterInnen eines entfristeten wissenschaftlichen Mittelbaus. Auch wenn die befristeten Promovierenden dort zahlenmäßig in der Mehrheit sind, agieren sie doch oft vor einem zeitlichen Rahmen ihrer Verträge, die eine Kandidatur für den akademischen Senat, einen Fakultäts- oder Institutsrat oder auch den Personalrat unrealistisch erscheinen lässt. Die Berliner Situation ist geradezu vorbildlich, wenn in den akademischen Senaten der Freien und der Humboldt-Universität immerhin jeweils eine von vier VertreterInnen und an TU und UdK sogar drei von vier beziehungsweise zwei von drei VertreterInnen noch keinen Doktortitel tragen. In den Fakultäts- und Institutsräten sieht es oft schlechter aus.

Die schlechten Arbeitsbedingungen tragen dazu bei, dass Promovierende sich zu wenig für ihre Interessen einsetzen.

Diese Unsichtbarkeit in den Gremien gilt grundsätzlich bundesweit. Seit 20 Jahren aber werden eigene Strukturen für Promovierende eingerichtet, angefangen bei den Graduiertenkollegs der Deutschen Forschungsgemeinschaft, auf die die »Research Schools« der Max-Planck-Gesellschaft folgten oder auch die Graduiertenschulen der Exzellenzinitiative. Und auch wenn es anfangs nicht geplant war, haben sich über diese Einrichtungen Vertretungsstrukturen für Promovierende ergeben. Für die Graduiertenkollegs ist es mittlerweile selbstverständlich, dass die Promovierenden dort SprecherInnen wählen, und bei Max-Planck gibt es schon lange das PhDnet, das die SprecherInnen aller Institute vernetzt und ihre Interessen vertritt. An einigen Universitäten, beispielsweise Leipzig oder Dresden, werden Promovierendenräte gewählt, und das Graduate Council der TU München entsendet ein Mitglied mit beratender Stimme in den Senat.

Solch eine übergreifende Vertretungsstruktur sucht man an den Berliner Universitäten vergeblich. Die Graduiertenkollegs wählen zwar SprecherInnen, aber darüber gibt es keine Ebene einer uniweiten DoktorandInnen-Vertretung. Für die Dahlem Research School lässt sich keine Vertretungsstruktur finden, und die Humboldt Graduate School hat zwar laut Satzung zwei Plätze von acht in ihrem Rat für DoktorandInnen vorbehalten, aber offenbar Schwierigkeiten, diese VertreterInnen über eine Wahl zu bestimmen.

Es fehlt an aktiven Promovierenden

Dieses düstere Bild ist in jedem Fall nicht nur das Resultat einer Blockadehaltung seitens der Universität. Denn es fehlt auch an den Promovierenden, die für die Verbesserung ihrer Lage aktiv werden. Eine eigene Vertretungsstruktur wird an keiner Berliner Uni eingefordert. Und wenn es sie gäbe, müsste sie wiederum sinnvoll verzahnt werden mit der Struktur der akademischen Gremien. Hochschulpolitische Anliegen, die im Interesse von Promovierenden liegen, gäbe es in der Berliner Politik genug. Die nächsten Hochschulverträge, das Ringen um die Umsetzung des novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes oder auch eine Neubewerbung in der Exzellenzinitiative könnten es vertragen, wenn in ihnen die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu einem Qualitätskriterium gemacht würde.

Für die GEW, deren Listen sich in den anstehenden Gremien- oder auch Personalratswahlen zur Wahl stellen, hat die Projektgruppe DoktorandInnen Positionen erarbeitet, die das Feld guter Qualifizierungsbedingungen für Promovierende abstecken. Die Expertise ist da – und wartet darauf, in Politik umgesetzt zu werden. Hochschuldemokratie für Promovierende kommt nicht als Geschenk, sondern sie muss erkämpft werden. ■

IM PERSONALRAT AN HOCHSCHULEN

Im Personalrat an Hochschulen sind wissenschaftliche und sonstige MitarbeiterInnen vertreten: **Wissenschaftliche MitarbeiterInnen (WiMis)** sind Angestellte oder Beamte an einer Hochschule oder einem Forschungsinstitut, die wissenschaftliche Tätigkeiten im Rahmen ihres Arbeitsbereichs ausüben. **Sonstige MitarbeiterInnen** sind – außer den ProfessorInnen, den WiMis und den Studienenden – alle anderen Beschäftigten der Hochschule, wie Bibliotheks-, Labor- und Sekretariatsangestellte oder Reinigungskräfte. **ProfessorInnen** sind quasi-Vorgesetzte und dürfen dem Personalrat nicht angehören. **Studierende** bilden einen eigenen studentischen Personalrat, dürfen aber im Gesamtpersonalrat tätig werden.

Johannes Moes, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HU Berlin und Mitglied der Projektgruppe DoktorandInnen der GEW

FOTO OBEN: FLAIRIMAGES/FOTOLIA

WO $IND DI€ WIMIS?

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Freien Universität sind nur selten im Personalrat vertreten. Aber woran liegt das?

von Josef Hofman und Lilli Williams

Die Beschäftigungsverhältnisse von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen im akademischen Mittelbau könnten besser sein. Laut einem Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom Dezember 2015 haben Befristungen im gesamten öffentlichen Dienst zwischen 2004 und 2010 zugenommen, besonders prekär ist die Situation jedoch in der Wissenschaft. Im Jahr 2010 waren 90 Prozent der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in ganz Deutschland befristet beschäftigt. Sie müssen sich von einem Vertrag zum nächsten hangeln, mit immer kürzer werdenden Laufzeiten von teils unter einem Jahr. Oft können sie damit rechnen, irgendwann nicht mehr verlängert zu werden. Die ständigen Befristungen sind ein ernst zu nehmendes Problem, sie beeinträchtigen nicht nur gravierend die Berufs-, sondern auch die private Familienplanung.

Gründe für die Befristungen wissenschaftlicher MitarbeiterInnen gibt es viele. Laut Angaben der beteiligten Personalverantwortlichen aus dem Forschungsbericht sind vor allem befristete Personalmittelzuweisungen, befristete Einsatzbedarfe durch Drittmittelprojekte oder Vertretungen und wirtschaftliche Unsicherheit ausschlaggebend für den hohen Befristungsanteil. Die rechtlichen Rahmenbedingungen durch das Hochschulrahmen- beziehungsweise Wissenschaftszeitvertragsgesetz begünstigen eine wachsende Befristungspraxis. Weil so Viele gerne in der Wissenschaft arbeiten wollen, sind die ArbeitgeberInnen in einer guten Verhandlungsposition.

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen müssen selbst aktiv werden

Die GEW vertritt schon seit langer Zeit, dass die Hochschulen einer nachhaltigen Grundfinanzierung durch Bund und Länder bedürfen, um unbefristete Stellen zu schaffen. Aber reicht es aus, die Verantwortung für problematische Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau bei PolitikerInnen zu suchen und diejenigen, die betroffen sind, auf ihr Wahlrecht zu verweisen? Können wissenschaftliche MitarbeiterInnen sich nicht auch selbst für die Verbesserung ihrer Vertragsbedingungen einsetzen? Gibt es nicht schon auf universitärer Ebene Möglichkeiten, etwas zu tun?

Wer sich an der Universität für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im akademischen Mittelbau einsetzen möchte, hat dazu die Möglichkeit. Die Hochschule als demokratische Bildungsinstitution bietet viele Voraussetzungen für den Aufbau politischer Strukturen und die Einflussnahme in formalen und informellen Gremien. Dazu gehören neben dem Akademischen Senat, dem AStA und den Fachschaftsinitiativen sowie Gewerkschaftsgruppen auch die Personalräte. Die Personalräte können durch verbindliche Regelungen wie Dienstvereinbarungen ge-

FOTO OBEN: RAWPIXEL.COM/FOTOLIA; RECHTS: POLYGRAPHUS/FOTOLIA, MONTAGE BLEIFREI

setzliche Spielräume nutzen, um Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern. Das hat zum Beispiel der Personalrat für wissenschaftliches Personal der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder demonstriert. Durch sein Engagement wurde mit der Universitätsleitung eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die unter anderem festlegt, dass Erstverträge in der Promotionsphase für mindestens drei Jahre abgeschlossen werden müssen. Damit kam er dem novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetz zuvor. Für diese Verbesserungen haben sich wissenschaftliche MitarbeiterInnen an der Viadrina im wissenschaftlichen Personalrat engagiert. In Berlin gibt es nur gemeinsame Personalräte für wissenschaftliches und sonstiges Personal, in denen jedoch wissenschaftliche MitarbeiterInnen kaum oder wie im Falle des Personalrats Dahlem gar nicht vertreten sind, um sich für die Interessen des akademischen Mittelbaus einzusetzen. Woran liegt das?

Zu den anstehenden Personalratswahlen mehr auf S. 26

Im Personalrat Dahlem sitzt keine einzige wissenschaftliche MitarbeiterIn.

In einem Gespräch mit einem Vorstandsmitglied des Personalrats Dahlem an der Freien Universität erfuhren wir, dass die Mitglieder des Personalrats sich dieses Problems zwar bewusst sind, aber nur wenig Möglichkeiten sehen, etwas daran zu ändern. Zwar bearbeiten sie viele Konflikte zwischen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und ihren Vorgesetzten und kritisieren die Befristungspraxis; eigene Spielräume, zum Beispiel in Bezug auf die Mobilisierung und die Gewinnung von Mitgliedern unter den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, seien hingegen nur begrenzt vorhanden. Als das Gespräch darauf kommt, was die Beteiligten konkret tun könnten, wird der Kollege zunehmend vorsichtiger. Die persönliche Ansprache von neuen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stelle einen erheblichen Zeitaufwand dar, der neben den vielen anderen Aufgaben nicht zu leisten sei. Dass wissenschaftliche MitarbeiterInnen im Personalrat Dahlem gar nicht repräsentiert seien, liege an Arbeitsverträgen mit sehr kurzen Laufzeiten und fehlender Zeit, zum Beispiel aufgrund von Promotion und anderen Aufgaben im jeweiligen Arbeitsbereich. Außerdem befürchten einige, Konflikte mit ihren ProfessorInnen zu provozieren.

Ferner würden sich die Vorstandsmitglieder selbst eher als sonstige MitarbeiterInnen verstehen, mit teils mangelnder Empathie für die Belange des wissenschaftlichen Mittelbaus. Andererseits sei es aber auch zu beobachten, dass wissenschaftliche MitarbeiterInnen nur wenige Gemeinsamkeiten mit den sonstigen MitarbeiterInnen zeigten.

Kulturelle Kluft wird immer größer

Da die Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen im Personalrat nicht vertreten ist, entwickelt sich zunehmend eine kulturelle Kluft, die mit der Verschärfung der Beschäftigungsverhältnisse immer größer wird und deren Überwindung viel Kommunikation bedarf.

Personalräte sind nur ein Glied in dem Netzwerk, das für eine Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft nötig ist. Sie sind aber eine einflussreiche Instanz mit dem gesetzlichen Auftrag, alle Beschäftigten einer Hochschule zu repräsentieren. Aufgabe des Personalrats sollte sein, Mittel und Wege zu finden, um unterrepräsentierte Gruppen zu erreichen und an Entscheidungen teilhaben zu lassen. Möglich ist dies auch außerhalb der formalen Strukturen und auf niedrigschwelligen Wegen. Anders gesagt: Die MittelbauerInnen müssen da abgeholt werden, wo sie stehen, nämlich an ihren Arbeitsbereichen und in ihren Büros. Durch persönliche Gesprächsangebote sowie öffentliche Veranstaltungen oder Online-Meinungsumfragen kann der Personalrat den Stimmen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Gehör verschaffen und ihre Anregungen in formale Gremien tragen. Dafür sollte den Personalräten von den Universitätsleitungen auch ein entsprechendes Zeitbudget eingeräumt werden. Wenn nicht gleich der erste Anlauf erfolgreich ist, sollten Personalratsmitglieder und MittelbauerInnen gemeinsam Alternativen finden, um ins Gespräch zu kommen.

Es liegt also auch an wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, sich aktiv einzubringen und eine Kultur an den Hochschulen zu schaffen, durch die Mitbestimmung gefördert und anerkannt wird. Anstatt sich im Stillen über die Bedingungen zu ärgern, muss es wieder einen offenen Austausch und eine beharrliche Kooperation aller Beteiligten geben. PersonalrätInnen, wissenschaftliche und sonstige MitarbeiterInnen, ProfessorInnen, Lehrbeauftragte und Studierende müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass aus der Wissenschaft wieder ein Traumjob werden kann. ■

Josef Hofman und Lilli Williams, Mitglieder der Jungen GEW Berlin

STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE MACHEN DRUCK

2.000 studentische Beschäftigte in Berlin haben sich in einer Umfrage von GEW und ver.di mit riesiger Mehrheit für eine Änderung des aktuell bestehenden Tarifvertrags ausgesprochen. Sie fordern eine deutliche Anhebung des Tarifgehalts. Die ausgewerteten Ergebnisse der Umfrage werden im Rahmen einer Aktionswoche vom 22. bis 29. April vorgestellt.

FOTO OBEN: ARSDIGITAL/FOTOLIA; LINKS: POLYGRAPHUS/FOTOLIA, MONTAGE BLEIFREI

Berlinale
66 Internationale Filmfestspiele Berlin
Generation
Der besondere Kinderfilm
Deutsche Film- und Medienbewertung
Prädikat besonders wertvoll
FBW
ENTE GUT!
Mädchen allein zu Haus
Kinovorstellungen für Schulklassen sind möglich. Kostenloses Unterrichtsmaterial finden Sie auf der Website Ihrer GEW Berlin sowie unter der Filmwebsite.
Ab 26. Mai im Kino
Ein Film von Norbert Lechner
/EnteGutDerFilm www.EnteGut.de

Die Mischung macht's

Berlins Kieze sind bunt, was sich an zu vielen Schulen nicht mehr widerspiegelt. Dies schafft Probleme im Schulalltag und zeigt, dass die Schulstrukturreform von 2010 nicht gelungen ist.

von Nuri Kiefer

Wie jedes Jahr nach den Winterferien stehen Tausende Familien vor der Entscheidung, an welcher weiterführenden Schule ihr Kind seinen Bildungsweg fortsetzen soll. Die Anzahl der in Frage kommenden Schulen ist groß. Nach welchen Kriterien entscheiden Eltern, wenn sie für ihr Kind eine weiterführende Schule aussuchen? Wo erhalten sie Informationen über das schulische Angebot in ihrem Wohnumfeld und inwiefern haben Veröffentlichungen von Zahlen über die Zusammensetzung der SchülerInnenschaft etwas mit der Wahl vieler Eltern zu tun?

Wer die Wahl hat, hat die Qual

Viele recherchieren heutzutage im Internet und stoßen schnell auf die offiziellen Schulporträts auf den Seiten des Hauptstadtportals. Die Angaben dort werden aus der jährlich erhobenen Schulstatistik entnommen und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eigentlich eine gute, weil transparente Angelegenheit. Die Eltern klicken sich durch die Schulen ihrer Nachbarschaft und werfen sicherlich auch einen Blick auf die Zusammensetzung der SchülerInnenschaft. Diese ist in den Augen vieler Eltern und auch so mancher Lehrkraft ein nicht unerhebliches Kriterium für das Schulklima. Dabei rufen einige der dort abgebildeten Zahlen spätestens dann Verwunderung hervor, wenn man die Zahlen mit einer anderen Quelle des Senats, nämlich des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration vergleicht. Laut dessen Erhebung von 2011 ist der MigrantInnenanteil in Mitte mit 44,8 Prozent am höchsten, gefolgt von Neukölln mit rund 40 Prozent und Friedrichshain-Kreuzberg

FOTO: GHINASSI/FOTOLIA

mit rund 38 Prozent. Sicherlich sind diese Zahlen in den letzten Jahren etwas angestiegen, liegen aber dennoch, von wenigen Quartieren abgesehen, unter 50 Prozent. Dass in den oben aufgeführten Bezirken und Quartieren der Anteil an SchülerInnen mit nichtdeutscher Herkunftssprache, kurz ndH, in allen Schulen daher deutlich höher ist, als beispielsweise in Marzahn oder Zehlendorf, ist nachvollziehbar. Aber wie kann es passieren, dass an einigen Integrierten Sekundarschulen der Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund bei über 80 Prozent, teilweise sogar über 90 Prozent liegt? Selbst in Kiezen, wie beispielsweise in Britz, gibt es eine Sekundarschule, an der der ndH-Anteil bei 84 Prozent liegt. Das legt den Schluss nahe, dass Eltern ohne Migrationshintergrund ihre Kinder dort anmelden, wo der ndH-Anteil besonders gering ist.

In the Ghetto

Wo die Entstehung von schlecht sozial durchmischten Schulmilieus von der Bildungsverwaltung und den Bezirksschulämtern zugelassen wird, entstehen Stress und Konflikte. Mit den herkömmlichen Mitteln der Ressourcenzuweisung kann diesen nicht begegnet werden.

Gäbe es im Rahmen des Quartiersmanagements ein intelligentes Schulplatzmanagement, wären die schulischen Milieus wesentlich durchmischter und damit chancengerechter. Dies war auch eines der Ziele, das die Schulstrukturreform 2010 erreichen wollte, aber aufgrund einer halbherzig angelegten Strategie nie erreichen konnte. An vielen Sekundarschulen haben sich die ndH-Quoten und der Anteil lernmittelbefreiter SchülerInnen wie in Neukölln erhöht. An einigen Schulen liegt der Schnitt sogar bei über 80 Prozent. Da liegt der Schluss nahe, dass Eltern mit besserem Einkommen ihre Kinder lieber dort beschulen lassen, wo weniger arme Kinder die Schule besuchen. An vielen anderen Sekundarschulen, vornehmlich an solchen ohne gymnasiale Oberstufe, stiegen die Prozentzahlen trotz bereits überdurchschnittlich hoher Werte nochmals um mehrere Punkte an. Dabei zeichnet sich eine deutliche Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen mit und ohne gymnasiale Oberstufe ab. Die Schulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe geraten zunehmend in die Situation der Hauptschulen vor der Schulstrukturreform. Da es nur an einzelnen Standorten Sinn macht, durch den Aufbau gymnasialer Oberstufen eine bessere Durchmischung der SchülerInnenschaft zu erreichen, benötigen die Schulen in sozialen Brennpunkten deutlich mehr Unterstützung seitens der Bildungsverwaltung. Das seit dem Jahr 2014 bestehende Bonus-Programm, welches Schulen mit einem besonders hohem Anteil lernmittelbefreiter SchülerInnen mit bis zu 100.000 Euro jährlich unterstützt, greift hier viel zu kurz.

Mehr Unterstützung statt bloßstellender Zahlen

Bereits mehrfach hat sich die GEW BERLIN kritisch zur Schulstruktur geäußert und auf die besonderen Herausforderungen an Brennpunktschulen aufmerksam gemacht. Anfang Dezember 2015 beschäftigte sich die Landesdelegiertenversammlung mit der Situation von Schulen in sozial belasteten Gebieten und forderte den Senat auf, über das Bonusprogramm hinaus diese wirksam zu unterstützen. Für eine bestmögliche Förderung aller SchülerInnen bedarf es an diesen Schulen einer größeren, verlässlichen und regelfinanzierten Personalausstattung. Nur so lassen sich die Lern- und Arbeitsbedingungen wirksam verbessern. Die konkreten Forderungen der GEW BERLIN vom Dezember 2015 verlangen an Schulen in sozialen Brennpunkten eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung, beziehungsweise eine Entlastung der Lehrkräfte in Form von zwei Anrechnungsstunden pro Lehrkraft. Elternarbeit, Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe oder Schulpsychologie, Mitarbeit bei der Schulentwicklung und die Zusammenarbeit der Jahrgangsteams kosten viel Zeit, wenn eine Lehrkraft ihren Aufgaben gerecht werden möchte. Außerdem fordern wir eine zusätzliche Stunde pro Woche für die Kooperation der Lehrkräfte mit den sozialpädagogischen Fachkräften im Rahmen der wöchentlichen Arbeitszeit. Nicht nur an Brennpunktschulen, aber vor allem dort, muss eine verbindliche Vertretungsreserve in Höhe von zehn Prozent eingeführt werden. Es muss endlich ein Verbot her, dass es den Schulleitungen untersagt, die Stunden für Integration, Sprachförderung und Teilung für Vertretungsunterricht zu nutzen. Gefordert wurde im Beschluss auch die Absenkung der Klassenfrequenzen auf 20 SchülerInnen in Jahrgangsstufe 7 bei mehr als 40 Prozent SchülerInnen mit Lernmittelbefreiung. Weiterhin sollte es eine maximale Aufstockung bis 24 SchülerInnen pro Klasse mit RückläuferInnen und SchülerInnen aus den Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse in den Jahrgangsstufen 8, 9 und 10 sowie eine volle Stelle für Schulsozialarbeit pro hundert SchülerInnen geben. Zusätzlich zu der genannten Ausstattung sind stets die speziellen Bedürfnisse der Einzelschule zu berücksichtigen und durch einen bezirklichen Ressourcenpool eine, dem Bedarf entsprechende, Ausstattung zu gewährleisten.

Neben einem Mehr an Ressourcen ist für Schulen im sozialen Brennpunkt besonders wichtig, dass sie eine Schulverwaltung hinter sich wissen, die sie in schwierigen Lagen und hinsichtlich der vielen Herausforderungen bestmöglich unterstützt und nicht noch bloß stellt. Die Veröffentlichung der Angaben zur Zusammensetzung der SchülerInnenschaft und der Ergebnisse bei den Abschlussprüfungen im Internet lehnen wir als falsches Signal mit aller Entschiedenheit ab. Hierdurch wird die Abwärtsspirale für die betroffenen Schulen beschleunigt. So wird der Öffentlichkeit suggeriert, Schulleitung und Kollegium wären diejenigen, die dies zu verantworten hätten. Die Intention derjenigen, die diese Zahlen gerne veröffentlicht sehen wollen, besteht wohl darin, Kollegien und Schulleitungen an den betroffenen Schulen unter Druck zu setzen. Eine verantwortungsbewusste Schulpolitik würde von derartigen Prangermethoden absehen. Sie würde stattdessen überall, nicht nur punktuell, mit Beratungskompetenz, zusätzlichem Personal und schulspezifisch zugeschnittenen Maßnahmen einen auf Kooperation angelegten Schulentwicklungsprozess anleiten. Dazu fehlt jedoch der ernsthafte politische Wille. Denn, anders als die Schulen mit einem ndH-Anteil von weit unter zehn Prozent, welche fast ausnahmslos Gymnasien sind, Brennpunktschulen mit einer hohen Anzahl lernmittelbefreiter Kinder und einem ndH-Anteil von über 85 Prozent haben keine wirksame politische Lobby auf der Regierungsbank. Wie gut, dass die GEW BERLIN diese Funktion wahrnimmt. ■

Nuri Kiefer, Leiter des Vorstandsbereichs Schule in der GEW BERLIN

Durchblick für Weitsicht

Wie man aus einem 40 Jahre alten Schulgebäude einen modernen, lichtdurchfluteten Lernort entstehen lassen kann, der ein sinnvolles pädagogisches Arbeiten unterstützt.

von Ulrich Meuel und Klaus Will

Ein architektonisches Goldstück ist die Reinhardswald-Grundschule nun wahrlich nicht. Sie liegt in Kreuzberg an der Gneisenau- /Ecke Baerwaldstraße und ist mit ihren Kieselwaschbetonplatten eher unauffällig. Allenfalls die grünen Fensterrahmen sind etwas ungewöhnlich. Es ist eben eine in den Siebzigern errichtete typische Standardgrundschule.

Wer auf das Schulgelände der Reinhardswaldschule kommt, wird dann aber doch überrascht: Der neu gestaltete Schulhof hat alles, was man sich wünscht. Er ist begrünt, Wasser fließt in einen Teich, es gibt Sitzgelegenheiten, Spielgeräte, allerlei Skulpturen und dazu noch einen Schulgarten. Schulleiter Werner Munk, der uns das alles zeigt, ist stolz darauf. Denn dieser Schulhof ist eine gemeinsame Arbeit von ExpertInnen, SchülerInnen und Lehrkräften: Sie haben ihn mit geplant und mit gebaut. Insbesondere die SchülerInnen haben Steine geschleppt, Sand geschaufelt, Pfosten eingeschlagen. Und die Spielgeräte wurden nach ihren Plänen gebaut. Das alles hat zwar etwas gedauert, aber es hat sich gelohnt. Nicht ohne Grund sieht die Anlage auch nach zehn Jahren noch gepflegt aus.

WERNER MUNK

... ist in der GEW BERLIN kein Unbekannter. Er war fünf Jahre in der blz-Redaktion aktiv und von 1980 bis 1982 als verantwortlicher Redakteur im Geschäftsführenden Landesvorstand.

Ein Neubau ist nicht immer die Lösung

Hier zeigt sich die ökologische Ausrichtung der Schule, die 1999 als wohl erste Grundschule in Berlin eine Photovoltaikanlage von der damaligen BEWAG bekommen hat. Eine Digitalanzeige im Eingang zeigt an, wieviel Strom sie erzeugt. Es ist nur eine kleine Anlage, aber immerhin spart die Schule damit jährlich 300 Euro. Etwas später wurde dann das Flachdach der Schule begrünt und schließlich der Schulhof neu gestaltet.

Als Munk 1987 als Schulleiter an die Grundschule kam, stand eigentlich deren Abriss an. Denn wie bei so vielen Schulen aus den 70er Jahren, war auch hier mit Asbest gebaut worden. Der neue Schulleiter plante schon eifrig den Neubau, als die Mauer fiel und es plötzlich eine Menge anderer Probleme gab. Die Asbestsanierung wurde schließlich ganz aufgegeben, weil in der Reinhardswald-Schule nicht die gefährlichen kurzen Asbest-Fasern verbaut worden waren, sondern die längeren. Aber auch für die eigentlich fällige Sanierung war in den 90ern kein Geld mehr da.

Erst im Jahr 2000 hatte Munk genügend Fördermittel zusammen und die ganze Schule wurde innerhalb von zehn Wochen renoviert. Heute sieht der vierzig Jahre alte Bau innen frisch und luftig aus. Darauf legen Munk und das Kollegium auch großen Wert: »Wir haben uns extra beraten lassen von PsychologInnen und In-

Viel Raum für freies Lernen: so frisch und luftig wirken die Flure der rund 40 Jahre alten Reinhardswald-Grundschule heute. FOTO: ULRICH MEUEL

nengestalterInnen und dann vom Boden über die Wände bis zur Flurgestaltung und zur Möbelfarbe alle Farben festgelegt, also ein Farbkonzept für unsere Schule entwickelt. Bei uns gibt es das nicht, dass Eltern mit Farbeimern anrücken und die Klasse schweinchenrosa oder schwarz streichen, weil sie das gerade toll finden.«

Hell und transparent

Als wir ihn fragen, welche Bedingungen eine gute Schule für ihn zu erfüllen hätten, können wir ihn kaum stoppen: »Sie muss auf jeden Fall hell sein und transparent. Mit transparent meine ich, dass man von den Fluren in die Klassenräume schauen kann, diese also zumindest Glastüren haben. Möglichst auch noch ein Fensterband in der Wand zum Flur, um eine weitere Öffnung zu haben. Leider haben wir das hier nicht verwirklichen können. Dann sollten jedem Klassenraum auch Gruppenräume beigeordnet sein, damit man keine langen Wege hat. Es müsste natürlich auch ausreichend Anschlüsse für die neuen Medien geben, das ist bei uns noch immer ein Riesenproblem. Außerdem finde ich gut, wenn sich möglichst viele Klassenräume nicht nur nach innen, sondern auch nach außen öffnen, also eine Terrasse oder einen Balkon haben, damit man auch mal Gruppenarbeit an der frischen Luft machen kann. Und alles müsste möglichst variabel sein, also veränderbar.«

Alle Tische und Stühle einer Klasse haben die gleiche Farbe. Das erzeugt einerseits ein Gruppengefühl und hat zudem den Effekt, dass man auch im Flur erkennen kann, zu welchem Klassenraum ein Stuhl gehört. Anderseits sind alle Möbel höhenverstellbar und zu unterschiedlichen Gruppengrößen zusammenstellbar. Vor dem Klassenraum stehen die Schuhe in Reih und Glied, denn innen gibt es überall Teppichboden, den man nicht mit Straßenschuhen betreten darf.

Der Arbeitsplatz für Lehrkräfte gehört dazu

Es sind relativ viele Kinder, die hier in einem Klassenraum von nicht einmal 60 Quadratmeter unterkommen müssen. Aber die Schule hat sich für ein Maximum an Doppelsteckungen entschieden und nimmt deswegen die hohen Frequenzen in Kauf: »Lieber 29 zu zweit als 24 allein«, zitiert Munk die KollegInnen. Andererseits sei es bei der Doppelsteckung aber auch möglich, mit einer Gruppe rauszugehen. »Wir haben ja die Räume dafür, andere Schulen nicht«, erklärt er.

Immer mehr Schulen widmen die Flure als Versammlungsraum um, nutzen sie für Gruppenräume oder ähnliches. Auch hier wurde das versucht, denn es gibt auch hier relativ große Flure, die dafür gut genutzt werden könnten. In den Ecken hatte die Schule dann Gruppenarbeitsbereiche geplant. Die mussten aber wieder weg, als der Brandschutzbeauftragte das gesehen hat. Jetzt wird das flexibel gehandhabt.

Wie es mit dem Arbeitsplatz der Lehrkräfte aussieht, wollen wir noch wissen. Beim Umbau sei ein zweites LehrerInnenzimmer dazugekommen. Die technische Ausstattung ist gut, aber jede Lehrkraft habe ja auch noch einen Arbeitsplatz im eigenen Klassenraum. Und dort stünden auch noch drei Netz-Computer.

Zum Schluss kommen wir noch auf die aktuelle Situation in Berlin und sprechen die Diskussion um ein »Landesinstitut Schulbau« an. Munk fände das gut und hilfreich. Früher hätte man sich auf die bezirklichen Bauämter verlassen können. Diese seien gut und qualifiziert gewesen. Aber inzwischen gebe es einfach zu wenig Personal. Einerseits wurden sehr viele Stellen abgebaut, andererseits seien aber auch eine Reihe qualifizierter Leute in die Wirtschaft gegangen, weil sie da erheblich mehr verdienen. Deswegen wäre eine Lösung wie in Hamburg durchaus sinnvoll. Das könnte die Schulen entlasten und sie könnten sich besser beraten lassen.

Das Beispiel Reinhardswald-Grundschule zeigt, dass engagierte Schulleitungen zusammen mit Kollegien und Eltern viel erreichen können. Kommt dann noch ein qualifizierter und aufgeschlossener Schulträger hinzu, steht einer fast perfekten Schule kaum noch etwas im Wege. Aber gerade an der Unterstützung durch den bezirklichen Schulträger fehlt es häufig in Berlin – und sei es auch nur aus Personalmangel.

Ulrich Meuel, ehemaliger stellvertretender Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule und Klaus Will, ehemaliger geschäftsführender Redakteur der bbz

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Schon wieder neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Schulanfangsphase, Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule und die Gemeinschaftsschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Lehrkräfte in den Entgeltgruppen 9, 10 und 11 aufgepasst!

Das Land Berlin wendet den neuen Tarifvertrag TV EntgO-L auf angestellte Lehrkräfte an. Für einige KollegInnen beinhaltet der Tarifvertrag Verbesserungen. Für andere drohen Verschlechterungen, gegen die wir kämpfen müssen.

von Holger Dehring und Katja Metzig

Der Arbeitskampf lohnt sich – für einen Tarifvertrag, der Verbesserungen für alle Lehrkräfte bringt. FOTO: GEW

Die Eingruppierungsregelungen des Beamtenbundstarifvertrages zur Entgeltordnung für Lehrkräfte (TV EntgO-L) gelten nicht für die Mitglieder der GEW. Trotzdem wendet das Land Berlin sie auf alle neu eingruppierten Lehrkräfte an. Das betrifft Lehrkräfte, die seit dem 1. August 2015 neu eingestellt wurden, sowie Lehrkräfte, die aus anderen Gründen, zum Beispiel wegen eines Tätigkeitswechsels, seitdem neu eingruppiert werden. Diese Entscheidung des Berliner Senats führt bei nicht wenigen Lehrkräften zu Unverständnis und Frustration.

Entgelt fällt geringer aus als zugesagt

Viele der neu eingestellten KollegInnen verfügen nicht über eine volle Lehrkräfteausbildung. Der Mangel an Lehrkräften hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass verstärkt HochschulabsolventInnen eingestellt wurden, die nicht über eine Lehrkräfteausbildung verfügen. Oft erfolgte die Einstellung in einem befristeten Arbeitsverhältnis im Rahmen der Personalkostenbudgetierung. Die Einrichtung von Willkommensklassen wäre ohne diese Beschäftigten beispielsweise kaum möglich gewesen. Nun müssen nicht wenige dieser neuen KollegInnen feststellen, dass ihr Entgelt geringer ausfällt als zugesagt. Abgeschlossene Vereinbarungen zur Eingruppierung werden von den Lehrerpersonalstellen widerrufen. So führt das in einigen Fällen dazu, dass zwar eine Eingruppierung in E 10 zugesagt war, aber die Bezahlung nur mit E 9 erfolgt. Lehrkräfte, die nach den Lehrer-Richtlinien eine Eingruppierung nach E 11 erhielten, finden sich nach dem Tarifvertrag des Beamtenbundes teilweise in der E 10 wieder. Seit November enthalten die Arbeitsverträge für Neueingestellte einen direkten Bezug zum TV EntgO-L. Vor diesem Hintergrund wird es für den Einzelnen schwer, dagegen erfolgreich vor Gericht vorzugehen. Daher hilft nur eins: Streik für einen Tarifvertrag, der den Namen verdient und bessere Eingruppierungsregelungen enthält!

Vorhandene Verbesserungen mitnehmen – »Rosinenpickerei« erlaubt

Für Lehrkräfte, die vor dem 1. August 2015 eingruppiert wurden, wirken sich die Veränderungen zunächst nicht unmittelbar aus, soweit sich ihre Tätigkeit nicht ändert. Jedoch haben manche dieser KollegInnen die Möglichkeit, sich ergebende Verbesserungen »mitzunehmen«. Das wird teilweise kritisch gesehen und mit dem Wort »Rosinenpickerei« tituliert. Eine solche Vorgehensweise ist aber vollkommen legitim. So hat das Bundesarbeitsgericht in einer inhaltlich vergleichbaren Angelegenheit mit Urteil vom 15. April 2015 – 4 AZR 587/13 – festgestellt, dass in solchen Fällen ein Günstigkeitsvergleich vorzunehmen sei. Das Land Berlin nimmt diesen Vergleich für die einzelnen Lehrkräfte jedoch nicht vor – sie müssen selbst aktiv werden. Leider ist es nicht ganz einfach herauszubekommen, ob man zu den Lehrkräften gehört, für die eine Verbesserung eventuell in Frage kommt. Wer sich selbst informieren möchte, kann das gerne tun. Aber Achtung: Der TV EntgO-L umfasst 69 Seiten mit schwer durchschaubaren Verweisungen auf das Beamtenrecht. Die Durchführungshinweise der Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben 111 Seiten und lassen trotzdem viele Auslegungsfragen unbeantwortet. Und sogar die Berliner Senatsverwaltung für Finanzen, deren VertreterInnen bei den Tarifverhandlungen mit dem Beamtenbund am Tisch saßen, konnte Fehler und Ungenauigkeiten in ihrem Rundschreiben nicht vermeiden. Deshalb sollten sich betroffene GEW-Mitglieder bei uns beraten lassen.

Wer sollte sich beraten lassen?

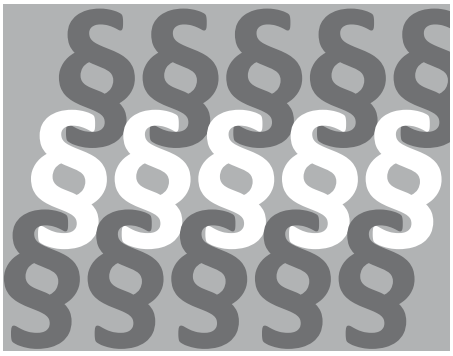
Da es aber nicht machbar ist, jetzt alle Betroffenen individuell zu beraten, wollen wir nachfolgend eine kurze Übersicht geben, für wen einerseits eine Beratung derzeit nicht erforderlich ist und wer die-

se andererseits suchen sollte. Für folgende vor dem 1. August 2015 eingruppierte Lehrkräfte gibt es keine »Rosinen« und somit auch keinen Handlungsbedarf:
• Lehrkräfte, die in die Entgeltgruppen 13, 14 oder 15 eingruppiert sind,
• Pädagogische Unterrichtshilfen, die in Entgeltgruppe 10 eingruppiert sind,
• Lehrkräfte für Fachpraxis, für die der TV EntgO-L Verschlechterungen vorsieht.

Folgende vor dem 1. August 2015 eingruppierte Lehrkräfte sollten sich beraten lassen, ob für sie eventuell ein Antrag auf Höhergruppierung, auf Wechsel von der »kleinen« Entgeltgruppe 9 in die reguläre Entgeltgruppe 9 oder auf Zahlung einer Zulage in Frage kommen könnte:
• Lehrkräfte, die kein Lehramtsstudium abgeschlossen haben, die höchstens in Entgeltgruppe 11 eingruppiert sind und die nicht an einer Grundschule tätig sind,
• Lehrkräfte, die kein Lehramtsstudium abgeschlossen haben, die höchstens in Entgeltgruppe 8 eingruppiert und an einer Grundschule tätig sind,
• Lehrkräfte mit einer 2. Staatsprüfung oder einem abgeschlossenen Lehramtsstudium oder einem wissenschaftlichen Hochschulstudium, die in die Entgeltgruppe 10 oder 11 eingruppiert sind,
• Lehrkräfte, die eine Ausbildung als LehrerIn, ErzieherIn oder FreundschaftspionierleiterIn nach DDR-Recht haben, aber keine Bewährungsfeststellung für eine Beamtenlaufbahn besitzen,
• Pädagogische Unterrichtshilfen, die bisher in die Entgeltgruppen 6, 8 oder in die »kleine« Entgeltgruppe 9 eingruppiert sind.

Eventuelle Anträge auf Höhergruppierung oder auf Wechsel von der »kleinen« Entgeltgruppe 9 in die »reguläre« Entgeltgruppe 9 müssen bis zum 31. Juli 2016 gestellt werden und wirken auf den 1. August 2015 zurück. Anträge auf Zahlung einer Zulage sind bis zum 31. Juli 2017 zu stellen, rückwirkend zum 1. August 2016. Gleichzeitig möchten wir klarstellen, dass die GEW BERLIN weiter ihr Ziel verfolgt, echte tarifliche Eingruppierungsregelungen für Lehrkräfte durchzusetzen, wenn notwendig auch durch Streik. Denn kleine Verbesserungen für wenige ersetzen keinen guten Tarifvertrag!

Holger Dehring, Leiter der Landesrechtsschutzstelle der GEW BERLIN, und Katja Metzig, Referentin im Vorstandsbereich Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik



BEZAHLUNG VON GRUNDSCHULLEHRKRÄFTEN RECHTSWIDRIG

Die schlechtere Bezahlung von Grundschullehrkräften ist eine verfassungs- und europarechtswidrige mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Das ist das Ergebnis eines Rechtsgutachten der Juristinnen Eva Kocher, Stefanie Porsche und Johanna Wenckebach, das die GEW in Auftrag gegeben hat. Mehrere Rechtsgutachten haben in jüngster Zeit die rechtlichen Bedenken der GEW gegen die ungleiche Bezahlung bestätigt. Der Jurist Ralf Brinktrine greift die unterschiedliche Besoldung trotz gleich langer Hochschulausbildung und gleich langem Vorbereitungsdienst in Nordrhein-Westfalen an. Der Kieler Rechtsanwalt Jörg Junge kommt für Schleswig-Holstein zum gleichen Ergebnis.

NEUE REGELN FÜR BEFRISTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Im März 2016 sind die Änderungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) in Kraft getreten. Das Gesetz regelt, unter welchen Voraussetzungen befristete Verträge mit wissenschaftlichen und künstlerischen MitarbeiterInnen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen abgeschlossen werden dürfen. Zahlreiche Vorschläge der GEW wurden dabei aufgegriffen. So ist der Abschluss von Fristverträgen nur noch möglich, wenn die Beschäftigung zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung erfolgt. Die Dauer der Verträge muss der angestrebten Qualifizierung angemessen sein. Im Drittmittelbereich muss die Laufzeit der Verträge der Projektlaufzeit entsprechen. Wer eine Schwerbehinderung oder schwere chronische Erkrankung hat, kann künftig über die Höchstgrenze von sechs Jahren hinaus beschäftigt werden – leider ohne Rechtsanspruch. Für studentische Beschäftigte gibt es eine neue eigenständige Regelung mit einer Höchstbeschäftigungsdauer von sechs Jahren.
Viele Forderungen der GEW wurden allerdings auch nicht umgesetzt, so die nach einer Mindestvertragslaufzeit von drei Jahren. An vielen Stellen bleiben die Änderungen zu vage und werden erst durch die Arbeitsgerichte geklärt werden. Dennoch sind die Neuregelungen des WissZeitVG ein wichtiger Etappensieg der GEW im Kampf gegen den Missbrauch der Befristungsregelungen. Jetzt kommt es darauf an, die Umsetzung und Anwendung der neuen Regelungen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Interesse der KollegInnen voranzutreiben.

Ankündigung: Über die Neuregelungen informieren und diskutieren wir in einer Veranstaltung »Das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz«, Dienstag, 19. April um 18 Uhr, Humboldt-Universität, Hauptgebäude Unter den Linden 6, Raum 2249a

TARIFVERHANDLUNGEN MIT HVD GESCHEITERT

Die Tarifverhandlungen zwischen dem Humanistischen Verband in Berlin und Brandenburg (HVD-BB) und den Gewerkschaften GEW BERLIN und ver.di sind gescheitert. Auch nach fünfmonatigen Verhandlungen und weitem Entgegenkommen der Gewerkschaften waren die Arbeitgeber nicht bereit, ein akzeptables Angebot vorzulegen. »Die mangelnde Wertschätzung, die die Beschäftigten des HVD-BB in den Tarifverhandlungen erfahren haben, ist mit der Selbstdarstellung nicht in Einklang zu bringen«, sagte Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik und Verhandlungsführer der GEW BERLIN. Wie es jetzt weitergeht, wird in der GEW beraten.

MITBESTIMMUNG KEIN THEMA

Im Studium der Betriebswirtschaftslehre spielt das Thema Mitbestimmung kaum eine Rolle. Das zeigt eine Untersuchung von Martin Allespach und Birgita Dusse von der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt. Die Studie belegt, dass Themen wie die Betriebsverfassung oder kollektives Arbeitsrecht kein grundsätzlicher Bestandteil des Studiums der künftigen ManagerInnen ist.

Zeit für mehr Solidarität!

Raus zum 1. Mai!

Demonstration um 10 Uhr ab Hackescher Markt

DGB-Familienfest ab 11 Uhr auf der Straße des 17. Juni

MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DER DGB-JUGEND BERLIN-BRANDENBURG, DGB-JUGENDBILDUNGSSTÄTTE FLECKEN-ZECHLIN UND 123COMICS

Eure Fragen – unsere Antworten

Erläuterungen zum Arbeitskampf der GEW BERLIN für eine tarifliche Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte.

von Manuel Honisch und Udo Mertens

Warum streiken die angestellten Lehrkräfte in Berlin?

Die GEW BERLIN fordert seit Jahren tarifvertragliche Eingruppierungsregelungen für angestellte Lehrkräfte. Im März 2015 sind die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu einer Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte zum wiederholten Male gescheitert. Bis heute entscheiden die Arbeitgeber deshalb allein über die Eingruppierung und damit über die Höhe der Gehälter der angestellten Lehrkräfte. Das soll nach ihrem Willen auch in Zukunft so bleiben. Zudem wollen die Arbeitgeber derzeit auch Verschlechterungen, die sie mit dem Deutschen Beamtenbund vereinbart haben, auf alle Lehrkräfte anwenden. Der Beamtenbund vertritt nur einen Bruchteil der angestellten Lehrkräfte in Berlin. Dennoch soll die mit ihm getroffene Vereinbarung allen aufgezwungen werden. Das lassen wir uns nicht gefallen.

Trägt die GEW ihre Auseinandersetzung mit dem Land Berlin auf dem Rücken der SchülerInnen aus?

Der Senat hat es in der Hand, Streiks zu verhindern. Er muss der GEW BERLIN nur ein ernsthaftes Angebot zu Tarifverhandlungen machen. Dann sind Streiks sofort vom Tisch. Es ist an keiner Stelle die Absicht der GEW BERLIN, Prüfungen zu bestreiken. Darüber hinaus ist es auch im Interesse von SchülerInnen und Eltern, dass Lehrkräfte in Berlin fair bezahlt werden – denn andernfalls wird es immer schwerer werden, ausreichend Kolleginnen und Kollegen für die Schulen in Berlin zu gewinnen.

Der Finanzsenator sagt, er könne gar nicht mit der GEW verhandeln, da Berlin ohne Zustimmung der TdL nichts beschließen dürfe. Stimmt das?

Das Land Berlin ist kein »Opfer« oder »Vasall« der TdL, sondern deren aktives Mitglied und als solches hat es bisher nichts getan, um eine für die GEW BERLIN akzeptable Entgeltordnung zu schaffen. Im Gegenteil: Aus der Senatsverwaltung für Finanzen kamen spezielle Formulierungen zur Verschlechterung der Eingruppierung für bestimmte Berliner Lehrkräfte, welche auch zum Scheitern der Tarifverhandlungen der GEW mit der TdL im März 2015 führten. Dessen ungeachtet gibt es bereits heute eine Reihe abweichender Regelungen zum TV-L für einzelne Bundesländer. Das Land Berlin gewährt zum Beispiel bis ins Jahr 2017 neu eingestellten Lehrkräften in den ersten zehn Jahren ihrer Beschäftigung eine übertarifliche Zulage, mit Zustimmung der TdL. Das alles zeigt, dass länderspezifische Lösungen im Rahmen der TdL durchaus möglich sind.

Die Satzung der TdL fordert lediglich die Zustimmung der TdL zu Tarifverhandlungen (§ 7 Abs. 3). Die Mitgliederversammlung der TdL muss also nur ihren Beschluss revidieren. Kurz gesagt: Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg.

Bekommen die angestellten Berliner Lehrkräfte nicht bereits jetzt mehr Geld als die angestellten KollegInnen in den anderen Bundesländern?

Die Aussage stimmt so nicht. Die übertarifliche Zulage erhalten nur die Berliner Angestellten mit voller Laufbahnbefähigung, bei denen weniger als zehn Jahre einschlägige Berufserfahrung zu berücksichtigen sind. Die meisten Lehrkräfte sind schon länger als zehn Jahre beschäftigt. Außerdem weiß niemand, was mit dieser Zulage nach 2017 passieren wird. Der Arbeitgeber kann sie jederzeit wieder einkassieren.

Ohnehin leitet jedes Bundesland die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte von den Besoldungsgruppen seiner BeamtInnen ab. Und da es in den Ländern unterschiedliche Laufbahnen gibt, ist auch die Bezahlung der angestellten Lehrkräfte sehr unterschiedlich.

Davon abgesehen verbeamten die anderen Bundesländer (mit Ausnahme von Sachsen) die meisten Lehrkräfte. Und die BeamtInnen verdienen derzeit – auf die Lebensarbeitszeit bezogen – erheblich mehr als vergleichbare ArbeitnehmerInnen. Somit hinkt der Vergleich mit den Angestellten der anderen Bundesländer.

Übrigens sind die Tabellen im Land Berlin bis zum Dezember 2017 um 1,5 Prozent niedriger als in den übrigen Bundesländern.

Weitere Antworten und aktuelle Informationen zum Streik der angestellten Lehrkräfte gibt es auf unserer Website unter www.gew-berlin.de

Manuel Honisch, Pressesprecher der GEW BERLIN, und Udo Mertens, Leiter des VB Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik

BBZ-SEITEN FÜR DAS GEHOBENE ALTER

SenioRita

AUSGABE XXVII ALTERSABHÄNGIG APRIL /MAI 2016

Die EXTRA-SEITEN der bbz

Gewerkschaft war mein Hobby

Ingeborg Uesseler-Gothow über ihr langjähriges Engagement in Gewerkschaft und Personalrat

Das Gespräch führten Dieter Haase und Klaus Will

Ingeborg und »ihre Mädels« aus der Rechtsschutzstelle in der GEW BERLIN FOTO: PRIVAT

Ingeborg, du warst lange Zeit im Personalrat tätig, sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene, also im Hauptpersonalrat. Und nicht zuletzt auch mehr als 15 Jahre in der Landesrechtsschutzstelle. Haben sich eigentlich die Probleme der KollegInnen in den letzten zwanzig, dreißig Jahren sehr verändert?

Ingeborg Uesseler-Gothow: Nein, eigentlich nicht so sehr, wenn auch durch die Eingliederung der Schulhorte und die angestellten Lehrkräfte unsere Aufgaben sich stark in Richtung Arbeitsrecht verändert haben. Wobei es natürlich einen Unterschied macht, ob man an der Basis in den bezirklichen Personalräten sitzt oder in einem zentralen Gremium wie dem Hauptpersonalrat. Denn während es bezirkliche Personalräte vor allem mit bezirklichen Personalangelegenheiten wie Einstellungen, Beförderungen, Umsetzungen und Auseinandersetzungen insbesondere mit der Schulverwaltung zu tun haben, geht es im Hauptpersonalrat um allgemeine Regelungen, also um Verordnungen, Gesetzesvorhaben, Planungsvorgaben und so weiter. Die Landesrechtsschutzstelle der GEW ist wieder anders. Da geht es natürlich auch um die individuellen Probleme wie im Bezirk, aber hier gibt es noch eine weitere Komponente: Lassen sich Anliegen, Beschwerden Konflikte auf dem juristischen Wege lösen? Hier muss man sich intensiv qualifizieren, denn Erfolge oder Misserfolge in diesem Bereich haben ja eine erhebliche gewerkschaftspolitische Bedeutung. Aber es geht natürlich hier auch viel um persönliche Beratung. Ich habe mich im Laufe der Jahre spezialisiert auf Fragen zur Pensionierung und Altersversorgung, Erkrankung im Alter, Wiedereingliederung.

Also Expertin fürs Alter!

Ja, so ist es eben: Je älter man wird, desto mehr wird man Expertin dafür.

In Tempelhof war in den neunziger Jahren Klaus Wowereit Stadtrat für Bildung, damals schon ein talentierter Redner. Du hast ihm da gut Paroli geboten mit geschliffener Rede: klar und pointiert zugleich. War das nicht spannender als die etwas trockene Arbeit im Hauptpersonalrat?

Ich habe mir das damals auch hin und her überlegt. Was schließlich den Ausschlag gegeben hat, war die veränderte Situation. Inzwischen waren die Bezirke zusammengelegt worden, Tempelhof und Schöneberg waren jetzt zusammen ein Bezirk und statt zwei Personalratsgremien gab es jetzt nur noch eins. Das hatte auch personelle Konsequenzen. Den Ausschlag hat schließlich gegeben, dass ich nach 17 Jahren als Vorsitzende im Tempelhofer Personalrat eine Veränderung sinnvoll fand. Eigentlich wollte ich für den Gesamtpersonalrat kandidieren, aber Ilse Schaad hat mich damals für eine Kandidatur zum Hauptpersonalrat vorgeschlagen, weil die GEW einen Listenplatz neu besetzen wollte. Ich habe zugesagt, obwohl die damit verbundene Vollfreistellung für mich gewöhnungsbedürftig war. Meine Unterrichtsmaterialien habe ich damals für den Fall der Fälle gut aufbewahrt, falls es mir dort doch nicht gefällt.

Es ist dann aber anders gekommen.

Na ja, da waren ja auch spannende Sachen dabei. Und außerdem hat mich zum Beispiel Knut Langenbach, der schon länger in dem Gremium war, sehr gut in die Arbeit eingeführt und mich immer unterstützt. Auch mit den anderen KollegInnen von ver.di und der GdP bin ich gut zurechtgekommen. Der Hauptpersonalrat

vertritt ja den gesamten öffentlichen Dienst, also auch die Beschäftigten in den Finanzämtern, bei der Polizei, in den Senatsverwaltungen und Bezirksämtern. Man kann und muss viel Neues lernen. Eine meiner Hauptaufgaben war die Durchsetzung einer vernünftigen landesweiten Dienstvereinbarung mit der Innenverwaltung zum Gesundheitsschutz. Darauf war und bin ich auch heute noch stolz, wenn auch die Umsetzung gerade im Schulbereich besser sein könnte. Das war auch eine wichtige Hilfe für meine Beratungstätigkeit ab 1998 in der Rechtsschutzstelle. Die konkrete Hilfe für ratsuchende KollegInnen war immer eine gute Ergänzung zur oft eher theoretischen Arbeit im Hauptpersonalrat.

Die Altersexperten geben einem ja immer den Rat, man solle sich ein Hobby für den Ruhestand zulegen. Hast du das denn auch gemacht, als du vor fünf Jahren in die Situation gekommen bist?

Eigentlich habe ich nie ein Hobby im Sinne von Freizeitgestaltung gehabt. Mein Hobby war eher die Gewerkschaft und die Rechtsschutzstelle. Ich musste also nicht suchen, sondern hatte schon eine schöne Aufgabe für den Ruhestand: Weniger Arbeit als vorher, aber mehr Kraft und Zeit für eine interessante und verantwortungsvolle Aufgabe. Das hat mir viel gegeben und es hat mir Spaß gemacht. Mit anderen Worten: Ich brauchte mich gar nicht umzuschauen, ich war schon gut versorgt für den Ruhestand.

Jetzt ist das ja auch weg. Du bist ja nicht mehr in der Rechtschutzstelle. Ist dadurch was anders geworden?

Ja, schon. Der Abschied aus dem Rechtsschutz ist mir schwer gefallen und ich vermisse die fröhliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Rechtsschutz-Frauen und der Geschäftsstelle. Jetzt bin ich also richtige Ruheständlerin – und merke, dass ich Probleme habe, mich zu entscheiden, was ich jetzt machen will. Dringend ist sicher die Unterstützung der Flüchtlingsarbeit, aber ich habe nach ersten Versuchen gemerkt, dass es gar nicht so einfach ist, dabei »seinen« Platz zu finden. Also suche ich noch. Immer wichtiger wird es, der wirklich erschreckenden politischen Entwicklung nach Rechtsaußen entgegenzutreten, da könnte sich auch die GEW auf allen Ebenen lauter zu Wort melden.

Wie interessiert verfolgst du die heutige Bildungspolitik? Interessiert dich das noch?

Inge(borg) Uesseler-Gothow ist Jahrgang 1945. Sie war Lehrerin an einem Gymnasium in Tempelhof-Schöneberg und ab 1978 ständig im bezirklichen Personalrat, ab 1984 Vorsitzende des Gremiums, von 2000 bis 2010 Mitglied im Hauptpersonalrat. Von 2000 bis 2015 war sie ehrenamtlich in der Leitung der Landesrechtsschutzstelle der GEW BERLIN tätig. FOTO: PRIVAT

Zum Beispiel die Sache mit den fehlenden Grundschullehrkräften?

Ja, natürlich. Aber das gleiche läuft ja in der Verwaltung ab. Alles wurde ein- und weggespart. Jetzt bekommt man auf allen Gebieten die Quittung dafür. Und manche ZeitungsredakteurIn räumt heute reumütig ein, dass nicht wenige von ihnen, die heute fehlendes Personal beklagen, diese Situation mit zu verantworten haben, weil sie damals so lautstark den schlanken Staat gefordert haben.

Wie bist du vor langen, langen Jahren eigentlich zum Schuldienst gekommen. Warum bist du nicht Architektin oder Rechtsanwältin geworden?

Ich habe Mitte der 60er Jahre angefangen zu studieren, und mich aus familiären Gründen wegen der überschaubaren Studienzeiten und der sicheren Berufsperspektive für das Lehramt entschieden. Das habe ich übrigens trotz der elenden Korrekturen als Deutschlehrerin nie bereut. Als ich dann nach Berlin kam, wurden hier gerade händeringend Lehrkräfte für die Grundschule gesucht. Ich habe dann dort angefangen unter der Bedingung, wesentlich nur in den fünften und sechsten Klassen eingesetzt zu werden. Das klappte dann auch.

Wann war denn das? Ist ja fast so wie heute!

Na, das war 1972, zum 1. Februar habe ich in Berlin angefangen. Als diese Grundschule geschlossen wurde, wollte ich eigentlich an die damals ganz neue Carl-Zeiss-Gesamtschule. Das wollte aber die Schulverwaltung aus politischen Gründen nicht, ich war damals schon negativ aufgefallen, weil ich öffentlich die Privatisierung des Baus der Mittelstufenzentren kritisiert und den Protest gegen die Schließung unserer Schule mit organisiert habe. Ich bin dann stattdessen ans Gymnasium versetzt worden. Ich habe 1974 für den Personalrat kandidiert und bin relativ bald als Nachrückerin ins Gremium gekommen.

Du warst nicht nur dort aktiv, sondern auch immer in der GEW.

Ja, eigentlich von Anfang an, also seit den 70er Jahren. Da war ich noch jung und es gab da den AJLE (Ausschuss junger Lehrer und Erzieher). Außerdem war ich in der Bezirksleitung der GEW. Wie gesagt, Gewerkschaftsarbeit war immer selbstverständlich.

Und dann warst du 1989 für kurze Zeit auch Vorsitzende des Landesverbandes. Wegen deiner Parteizughörigkeit gab es dann heftige Anfeindungen von außerhalb, aber auch von innerhalb. Du bist dann zurückgetreten.

Ja, mehr oder weniger gezwungenermaßen. Für mich war die Kandidatur damals die richtige Entscheidung: Ich war im richtigen Alter, ich hatte eine Menge Erfahrungen. Ich fand mich durchaus fähig und in der Lage, eine anständige Vorsitzende zu sein. Deswegen bin ich auf der Landesdelegiertenversammlung auch gewählt worden, wenn auch im dritten Wahlgang. Die Kontroversen um Inhalte und Personen waren damals zwar schärfer als heutzutage. Aber mit solchem Gegenwind wegen meiner SEW-Zugehörigkeit habe ich nicht gerechnet. Ich hatte geglaubt, dass in der GEW die Parteizugehörigkeit keine so große Rolle spielt. Das war aber ein grober Fehler. Es gab gerade auf der mittleren Funktionärsebene viele, die das nicht ausgehalten haben.

Das waren sowohl Bezirke als auch Fachgruppen und nicht zuletzt der Landesvorstand.

Viele haben mir zwar versichert, dass sie mich als Menschen und Gewerkschafterin toll fänden, aber als Vorsitzende ginge das nicht. Zweite Vorsitzende oder sonst was wäre als SEW-Mitglied in Ordnung, aber nicht Vorsitzende. Das wollte ich wiederum nicht.

Na ja, es ging ja nicht nur um die Mitgliedschaft, sondern auch um politische Positionen der GEW, bei denen du mit den SEW-Positionen in Bedrängnis geraten wärest. Bei den guten sozialistischen und den schlechten kapitalistischen Atomkraftwerken beispielsweise.

Aber es war doch völlig klar, immer, damals wie auch heute, dass ich über die Gewerkschaft keine Parteipolitik mache. Das habe ich über meine jahrzehntelange Arbeit auch bewiesen. Übrigens waren viele der angeblich so festgemauerten Positionen wie beispielsweise zu AKWs innerhalb der Partei 1989 längst heftig umstritten.

Der öffentliche Druck, also all die Kommentare in den Berliner Medien, hat dich gar nicht beeindruckt?

Nein, der hätte auch irgendwann wieder aufgehört, wenn meine Gewerkschaft hinter mir gestanden hätte. Dass das nicht der Fall war, war die Enttäuschung, deswegen bin ich dann zurückgetreten. Was soll ich machen, wenn selbst die Personalrats-AG unter dem Vorsitz des von mir ansonsten hochgeschätzten Knut Langenbach mir erklärt, dass sie nicht mit mir zusammenarbeiten wird? Dahinter stand auch die Angst vor Verlusten bei den anstehenden Personalratswahlen. In Tempelhof hat die GEW aber sogar noch einen Sitz dazu gewonnen! Das war schon eine Genugtuung für mich. In der Schule und im Bezirk gab es damit übrigens nie Schwierigkeiten. Im Gegenteil haben sich SchülerInnen mit mir solidarisiert. Und Klaus Wowereit als Stadtrat und Wolfgang Juche als mein zuständiger Schulrat haben sich vorbildlich vor mich gestellt. Es gab auch jede Menge gute Erfahrungen und Ermunterungen.

Inge, jetzt zum Schluss einen Sprung in die Gegenwart. Wir machen dir ein gutes Angebot: Unser Ratgeber für den Ruhestand muss dringend überarbeitet werden. Da du dich noch nicht anderweitig gebunden hast, könntest du da doch gut mitmachen, oder?

Da hat sich, glaube ich, gar nicht so viel verändert bei den Regelungen für den Ruhestand. In Berlin hat man sich eigentlich wenig damit beschäftigt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die in den letzten Jahren sehr viel aktiver waren auf diesem Gebiet der Gesetzgebung. Aber ich mache gerne mit. Danke für das Angebot.

Ingeborg, wir danken dir ebenfalls!

V.l.n.r.: Rainer Witzel, Ilona Brandt, Beate Huhs, Lore Albrecht, Barbara Henke, Reinhard Brettel, Marianne Pousset. Es fehlen Eva Besler und Caren Groneberg. FOTO: JUNGE ALTE

Zehn Jahre älter geworden

Eine Erinnerung an den Start der Jungen Alten im Jahre 2006

von Marianne Pousset

In meinem Kalender von 2006 steht am 19. April erstmalig dieser Termin: 15 Uhr GEW Treffen West-Senioren. Das muss die »Taufe« der Jungen Alten gewesen sein, Dieter Haase war der »Täufer«. Die Geburtsstunde lag etwas früher. Offiziell sind wir am 3. April 2006 in der Ahornstraße als AG erfasst – wahrscheinlich als Ergebnis eines Beschlusses des Landesvorstandes.

Knapp ein Jahr zuvor hatte Dieter Haase auf der Landesdelegiertenversammlung im Frühjahr die PensionärInnen und RentnerInnen der Bezirke angesprochen und zu einem Treffen am Nachmittag in der Kantine gebeten. Er berichtete, der Hauptvorstand in Frankfurt starte ein Projekt zur Mitgliederbindung mit interessanten Angeboten für RuheständlerInnen, um diese in der GEW zu halten.

Ich erinnere, dass rund 15 Delegierte anwesend waren, darunter Lore Albrecht, Achim Dillinger und Dagmar Ebmeyer. (Wer ist jetzt böse, weil ich mich nicht an alle erinnere?) Die Idee einer Broschüre »Ratgeber für den Ruhestand« wurde geboren. Dagmar und ich gingen mit der Unterstützung etlicher KollegInnen an die Arbeit. Nach knapp zwei Jahren war die Broschüre fertig und ist inzwischen in mehreren überarbeiteten Auflagen erschienen.

Wurden die monatlichen Treffen anfangs noch von Dieter Haase geleitet, so trat nach und nach Dagmar Ebmeyer in seine Fußstapfen. Sie warb engagiert für den Namen »Junge Alte«: »JA, das ist so herrlich positiv!«

Bald darauf erkrankte Dagmar. Nach einem mit viel Humor ertragenen Leidensweg starb sie am 4. Juni 2012. Sie fehlt uns immer wieder.

Der LandesseniorInnenausschuss (LSA), so heißt das satzungsgemäße Gremium für die SeniorInnen, trifft sich einmal im Monat. Dessen lebensältere Mitglieder baten uns JAs immer wieder, sie abzulösen und damit das offizielle GEW-Gremium zu werden. Das gefiel uns überhaupt nicht. Wir wollten unsere JA-Spielwiese nicht aufgeben zugunsten von Gremienarbeit mit Protokollschreiben, verpflichtenden Sitzungen und was da sonst noch üblich ist. Und wir hatten ja Erfolg mit unserem Konzept: Bei unseren Treffen diskutierten oft mehr als 25 GEW-Leute aktuelle politische Themen.

Trotzdem: Wir wollten auch unsere älteren SeniorInnen, die alle auf jahrzehntelange Berufstätigkeit im Bildungsbe-

reich und engagierte GEW-Arbeit zurückblickten, nicht hängen lassen und vor allem auch ihre Erfahrungen weiterhin nutzen. Deswegen hat sich Dieter Haase sehr dafür eingesetzt, dass beide Gruppen vereinigt wurden. Dass die Landesdelegiertenversammlung inzwischen das Teammodell für die Leitungen in der Satzung verankert hatte, kam uns dabei sehr entgegen. Acht Aktive fanden sich schließlich im Sommer 2012 als Team zusammen. Die Arbeit kann also auf viele Schultern verteilt werden und die Kontinuität ist auch dann gesichert, wenn die eine oder der andere gerade verreist ist. Im Herbst 2012 kandidierten wir auf einer Wahlveranstaltung als Team für den Vorstand des LSA. Wir wurden mit großer Mehrheit und ohne Gegenkandidaten gewählt und waren sehr erfreut über den Zuspruch der Mitgliederversammlung.

Zwei Jahre lang machten wir dann als Team folgenden Kraftakt: Einmal im Monat fand um 11 Uhr die LSA-Sitzung statt, am selben Tag um 15 Uhr die JA-Sitzung. Beide Sitzungen hatten bis auf minimale Unterschiede meistens identische Inhalte. Es war schön zu erleben, wie wir das alles vereinheitlichen konnten. Seit etwa einem Jahr treffen wir uns am dritten Mittwoch im Monat um 15 Uhr in der Ahornstraße – und zwar alle zusammen: Ost und West und LSA und JA.

Bei jedem der Treffen wird ein politisches Thema mit ReferentIn angeboten, beispielsweise kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit, Atomwaffenlager in Büchel, Engagement in der Flüchtlingshilfe, Solidarität mit Griechenland, Sinti und Roma in der Kinder- und Jugendliteratur. Wir diskutieren gewerkschaftliche und sozialpolitische Themen, wie TTIP, Lichterkette zur Solidarität mit Geflüchteten, Mahnwache am 9. November, Berliner Mietenvolksentscheid, Mütterrente, Berliner Altersstudie.

Im Herbst 2016 wird der LSA neu gewählt. Sehr wahrscheinlich tritt das bisherige Team mit kleinen Veränderungen nochmals an nach dem Motto: Ehrenamt muss Spaß machen. Und das tut es bisher für uns, auch weil wir das gut miteinander können: arbeiten und freuen! ■

Marianne Pousset,
Junge Alte, GEW BERLIN

Erich Juhnke im Gespräch bei einer seiner zahlreichen von ihm organisierten Veranstaltungen und Führungen. Siehe Meldung unten. *FOTO: PRIVAT*

■ Rechtsschutz auch für GEW-Mitglieder im Ruhestand

Manche PensionärInnen und RentnerInnen fragen sich, was es ihnen noch bringt, weiterhin Mitglied der GEW zu bleiben. Natürlich ist da an erster Stelle die Solidargemeinschaft zu nennen. Der Wille, auch weiterhin die Sache der GEW zu unterstützen und für die Interessen der Beschäftigten einzutreten. Aber auch die Interessen von den im Ruhestand befindlichen Mitgliedern werden von der GEW vertreten. Denn weder das Renten- noch das Versorgungs- oder Zusatzversorgungsrecht sind vor Einschränkungen sicher. Hier braucht es die Gewerkschaften, um Verschlechterungen zu verhindern. Aber auch bei Zusatzjobs im Ruhestand besteht unter folgenden Voraussetzungen die Absicherung, die in der aktiven Zeit gegolten hat, also Berufshaftpflichtversicherung und Rechtsschutz durch die GEW: 1. Die Tätigkeit muss der Mitgliederverwaltung gemeldet werden. Dort wird die Änderung vermerkt und ggf. der Beitrag angepasst. 2. Rechtsschutz darf nur für Tätigkeiten im Satzungsbereich der GEW (also nicht für Hausmeister-, Verkaufstätigkeiten oder journalistische Arbeiten) und bei satzungsgemäßer Beitragszahlung für Rente, Pension und Tätigkeit gewährt werden. Unabhängig davon gewährt die GEW Rechtsschutz bei Widersprüchen und Klageverfahren gegen Beihilfebescheide sowie bei Problemen mit den Versorgungsbezügen, also Renten und Ruhegehälter. Das gilt auch für die gesetzliche Krankenversicherung und das Schwerbehindertenrecht, eingeschränkt auch für Auseinandersetzungen mit der privaten Krankenversicherung.

■ Auch mit 80 noch für die GEW aktiv

Eigentlich schreiben wir in der SenioRita eher selten über JubilarInnen. Auch Erich hat gesagt, als ich mit ihm über sein Engagement gesprochen habe: »Macht doch nicht so ein Gewese über mich«. Aber Erich ist seit über 60 Jahren gewerkschaftlich aktiv und hat in den letzten Jahrzehnten insbesondere sehr viel Gutes für die SeniorInnenarbeit der GEW getan: Als Vorstandsmitglied der großen SeniorInnengruppe in Lichtenberg organisiert er seit 25 Jahren Veranstaltungen und Führungen, oft auch zu nicht alltäglichen Objekten oder Themen. Diese »Events« werden von SeniorInnen aus ganz Berlin besucht und Erich macht jede Führung zu einem Erlebnis. Er besucht aber auch ältere Mitglieder zuhause und bildet damit eine Brücke zu ihrer Gewerkschaft. Neben zahlreichen anderen Aktivitäten seien hier nur noch seine Mitarbeit im Vorstand des LSA und die Ausgestaltung der SeniorInnenwoche genannt. Viele SeniorInnen wollen sich für all das auch auf diesem Wege bedanken: Lieber Erich, ein großes Dankeschön für deinen Einsatz und natürlich alles Gute zum »Achtzigsten«. Mach weiter so! *Dieter Haase*

BerlinerInnen mit ohne Hintergrund

Sie fühlen sich als BerlinerInnen und betrachten Deutschland als ihre Heimat. Aber Etikettierungen wie »mit Migrationshintergrund« schicken sie verbal wieder an ihren Geburtsort, den ihrer Eltern oder gar ihrer Großeltern zurück. Ein Plädoyer gegen den Hintergrund im Vordergrund und für die Betonung von Gemeinsamkeiten.

von Cem Erkisi

Wer kennt solche Gespräche nicht: »Meine Kita ist multikulti!« – »Ach so? Wie viele der Kinder sind denn NICHT in Berlin geboren?« – »Naja, eigentlich keins. Aber sie sind doch aus Polen, der Türkei …« Natürlich ist diese Darstellung übertrieben. Es ist durchaus möglich, dass Kinder und Jugendliche in Berliner Kitas und Schulen nicht in Berlin geboren sind. Es soll aber auch vorkommen, dass selbst diese Kinder und Jugendliche sich in Berlin heimisch fühlen. Dennoch wird ihnen ihre Heimat abgesprochen und sie werden verbal zu ihrem Geburtsort zurückgeschickt.

Mindestens genauso tragisch ist der sehr weit verbreitete Umstand, dass gebürtige BerlinerInnen, deren Eltern oder Großeltern nicht schon in Deutschland geboren sind, immer noch für »aus-dem-Geburtsland-ihrer-Eltern-oder-Großeltern-stammend« gehalten werden. So kompliziert muss es ausgedrückt werden, um die Situation zu verdeutlichen. Rechtlich fallen sie in die Kategorie »Menschen mit Migrationshintergrund«. Gesellschaftlich versteht man sie als Nicht-Deutsche, als AusländerInnen. Mittlerweile gibt es 16 Millionen BürgerInnen Deutschlands, die in die Kategorie »mit Migrationshintergrund« fallen. Und Kitas oder Schulen brüsten sich damit, multikulti zu sein. »Nee, seid a nich, ihr seid Berlin!« ist man geneigt, ihnen zuzurufen.

Von Gemeinsamkeiten sprechen

Multikulti wird positiv besetzt. Es mag Zeiten in diesem Land gegeben haben, in denen das dringend notwendig war. Oder zumindest notwendig erschien, um die Gesellschaft zur verfassungsrechtlich allgemeinen Gleichheit von Menschen hinzuführen. Aber heute, bei 16 Millionen Menschen mit dem berühmten Hintergrund, kann man selbstbewusst die Gemeinsamkeiten betonen. Es geht hierbei keineswegs darum, Unterschiede wegzuwischen oder gar zu leugnen. Die Muttersprachen der Kinder und die immer weiter verbreitete Vielsprachigkeit werden mittlerweile zum Glück als Kompetenzen verstanden.

Aber wenn wir schon bei Unterschieden sind, kann ich nur bestätigen, wie unterschiedlich Kinder sein können, und das, obwohl sie die gleiche Muttersprache sprechen oder ganz schroff einer Ethnie oder Kultur zugeordnet werden. Wenn die Unterschiede betont werden sollen, dann bitte so konsequent, dass die kindliche Individualität dabei zum Ausdruck kommt und nicht bei politisch erwünschten Unterordnungen untergeht.

Die Gemeinsamkeiten, für die ich argumentiere, möchte ich benennen. Es ist die gleiche Sprache Deutsch als fundamental wichtiges allgemeines Umgangsmittel, die gleiche Stadt Berlin als gemeinsamer Wohnort und Identifikationspunkt, das gleiche Land als gemeinsame Heimat. In unserer heutigen Zeit kann man mehrere Heimatsorte oder Heimatsländer haben. Kein Problem, Hauptsache ist, dass Deutschland in dieser Liste dabei ist, wenn man sich denn in Deutschland heimisch fühlt. Kinder im Elementarbereich dürften sich allerdings flächendeckend in Deutschland heimisch fühlen. Denn andere Länder kennen unsere Kinder nur als Urlaubsziel.

Wir sollten aufhören, unseren Kindern zu erzählen, sie seien in Deutschland nicht zu Hause. Auch wenn der Eine oder die Andere sich in Deutschland nicht heimisch fühlen mag. Es ist keine Indoktrination von außen, wenn man Kindern erzählt, sie dürfen das Land, in welchem sie leben, als Heimat ansehen. Vielmehr sehe ich es als Indoktrination an, Kindern zu erzählen, sie dürften nicht die alte Heimat ihrer Eltern oder Großeltern vergessen. Diese Art Gruppenzwang im familiären Umfeld eines jeden Kindes mag aus Angst vor Assimilation erfolgen. Aber so wird einer weiteren Generation verunmöglicht, sich mit dem eigenen Geburtsland zu identifizieren.

Es geht nicht um Verdrängung der eigenen Biographie, in welche die Familienbiographie immer mit einwirkt. Es geht vielmehr um die Selbstgewissheit über die eigene Biographie, die für sich zu betrachten ist.

Cem Erkisi, Erzieher in der Kita Emser Straße

COMIC: TOM KÖRNER

Ein Blick hinter die Kulissen

Eine Erzieherin und ein Lehrer berichten von ihrer Arbeit im Personalrat, von Motivationen, Aufgaben und auch Schwierigkeiten. Im November diesen Jahres wird neu gewählt.

Interview von Caroline Muñoz del Rio und Markus Hanisch

Hallo Beate, hallo Philipp. Beate, du bist schon seit vielen Jahren als Erzieherin im Personalrat Kindergärten City vertreten. Du, Philipp, wurdest 2012 in den Personalrat Mitte gewählt. Was war eure Motivation, euch zu engagieren?

Beate: Ich wollte hinter die Kulissen schauen. Mich hat interessiert, wie es abläuft auf der Geschäftsebene. Ich will aber auch etwas bewegen, die Arbeitsbedingungen für die KollegInnen verbessern. Es ist wichtig, dass es einen guten Personalrat gibt, damit der Arbeitgeber nicht einfach freie Hand hat. Wobei wir im Eigenbetrieb Kindergärten City das Glück haben, ein konstruktives Verhältnis zu unserer Geschäftsleitung zu haben. Aber ihr wisst ja, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Philipp: Da hast du allerdings Recht. Mich hat es außerdem motiviert, Dinge verändern zu können. Etwas zu tun, das Menschen in ihrem Beruf unmittelbar helfen kann. Außerdem finde ich die Nähe zur Dienststelle und Schulaufsicht sehr spannend. Einfach hinter die Kulissen zu gucken – das hat auch mich interessiert.

»Es ist wichtig, dass es einen guten Personalrat gibt, damit der Arbeitgeber nicht einfach freie Hand hat.«

Hattet ihr konkrete Ziele, als ihr im Personalrat angefangen habt?

Beate: Ich wollte einfach eine Ansprechpartnerin für meine KollegInnen sein. Auch wenn das manchmal tatsächlich nur heißt, zu reden. Ich möchte, dass es den KollegInnen gut geht.

Philipp: Für mich ist der Personalrat die Instanz, die darauf achtet, dass alles korrekt abläuft und rechtliche Bestimmungen eingehalten werden. Grundsätzlich finde ich es extrem wichtig, dass es ein solches Regulativ gibt. Es ist doch gut zu wissen, dass es Personalräte gibt, die sich Unregelmäßigkeiten und Problemen annehmen.

Von außen ist es schwer, sich konkret vorzustellen, was ein Personalrat so macht. Erzählt doch mal ein bisschen von euren Aufgaben.

Beate: Der Personalrat vertritt die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Geschäftsleitung. Wir achten zum Beispiel darauf, dass die Dienststelle den Tarifvertrag einhält und neue KollegInnen korrekt eingruppiert werden. Wir sprechen über dienstlichen Beurteilungen von KollegInnen und legen Einspruch ein, wenn hier etwas nicht stimmig ist.

Meine persönlichen Schwerpunkte sind die Arbeitssicherheit in Kitas und die Umsetzung der Maßnahmen, die sich aus den Gefährdungsbeurteilungen ergeben. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, alle Gesundheitsrisiken bei der Arbeit in der Kita aufzulisten. Dann muss er darlegen, was er gegen die Gefährdungen unternehmen will. Ich sorge dafür, dass keine Gefährdungen unter den Tisch fallen und Maßnahmen zur Verbesserung ergriffen werden.

Philipp: Beate hat schon viele wichtige Punkte genannt. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist auch bei uns ein großes Thema. Erst recht, da die Zustände an den Schulen teilweise katastrophal sind. Der bauliche Zustand ist oft ein Problem, das wird in den Begehungen immer wieder deutlich. Wir begleiten auch viele Präventionsgespräche. Das sind offizielle Gespräche zwischen Schulleitung und Beschäftigten. Die werden geführt, wenn es Probleme am Arbeitsplatz gibt, die zu Arbeitsunfähigkeit führen könnten. Gemeinsam wird dann versucht, Lösungswege zu finden. Wir informieren, beraten und unterstützen außerdem viele Kolleginnen und Kollegen in Konfliktsituationen. Ich bin wirklich verwundert, was es für Auseinandersetzungen mit Schulleitungen gibt. Beide Seiten brauchen hier bessere rechtliche Kenntnisse. Und manche Schulleitung sollte weniger Sorge haben, Entscheidungen auch einfach mal menschlich zu treffen.

BEATE HADJIEW

47 Jahre alt, seit 1988 Erzieherin, seit 2006 beim Eigenbetrieb Kindergärten-City. Vor ihrer Vollfreistellung als Personalrätin im Jahr 2009 arbeitete sie zuletzt in der Kita in der Lichtenberger Straße.

Welche Themen haben euch in letzter Zeit am intensivsten beschäftigt?

Philipp: Bei mir ist es sicherlich die Einstellungssituation. Als Personalrat stimmen wir derzeit unglaublich vielen Einstelllungen von Menschen mit sehr unterschiedlichen Qualifikationen zu. Uns liegen Einstellungen von Menschen vor, die den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst im Quereinstieg machen oder von Leuten, die noch berufsbegleitend Studien absolvieren müssen, also ohne entsprechende Ausbildung in die Schule kommen. Vor allem im Grundschulbereich ist das Nachwuchsproblem ja eklatant und das muss natürlich irgendwie gelöst werden. Deswegen werden immer mehr StudienrätInnen eingestellt, die für die Arbeit an der Grundschule gar nicht ausgebildet sind. Und wir als Personalrat stecken dann in der Zwickmühle: Bei was

PHILIPP LORENZ

36 Jahre alt, seit 2007 als PKB-Kraft und seit 2012 als angestellter Lehrer an der Wedding-Grundschule am Leopoldplatz. Seitdem ist er auch mit drei Unterrichtsstunden für die Arbeit im Personalrat Mitte freigestellt.

kann man noch zustimmen? Als Personalrat vertreten wir natürlich jeden Einzelnen, aber wir möchten auch, dass eine bestimmte Schulqualität gehalten wird. Das ist ein Konflikt, den wir ständig mit uns ausmachen müssen.

Wir fragen uns auch, wie es dann mit den neuen KollegInnen in der Praxis läuft. Werden sie gut genug betreut? Sie müssen ja noch viel lernen. Erfolgt diese Ausbildung nicht konsequent, folgt eine Deprofessionalisierung des Berufs. Wir wünschen uns, dass diese Menschen den »korrekten« Berufsweg gehen können, also dass sie Referendariate angeboten bekommen, dass sie gegebenenfalls erst ein Aufbaustudium machen und dann ins reguläre Referendariat gehen können. Das berufsbegleitende Referendariat finde ich im Sinne der KollegInnen grundsätzlich fragwürdig, da es eine unglaubliche Belastung bedeuten kann.

Und was stand bei dir im Fokus, Beate?

Beate: In der letzten Wahlperiode ging es viel um die gestiegenen Anforderungen an uns Erzieherinnen, die Arbeit regelmäßig vor- und nachzubereiten. Für diese Vor- und Nachbereitungszeit brauchen wir in den Kitas ergonomische Arbeitsplätze mit PC und allem was dazugehört. Wir haben da kräftig nachgehakt und durchgesetzt, dass pro Kita so ein Arbeitsplatz eingerichtet wird. Auch bei der Anerkennung der mittelbaren pädagogischen Arbeit haben wir viel erreicht. Den KollegInnen werden jetzt innerhalb der Arbeitszeit zwei Stunden für die Vor- und Nachbereitung ihrer pädagogischen Arbeit mit den Kindern gewährt. Eigentlich fordern wir mehr Stunden, aber ich bin stolz, dass wir einen Schritt weiter gekommen sind.

Ist es schwer, die Personalratsarbeit mit der Arbeit als Erzieherin oder als Lehrer unter einen Hut zu bekommen?

Beate: Das kann schon hart sein. Vor allem für die KollegInnen im Personalrat, die keine Freistellung haben. Ich selbst bin ja voll freigestellt. Aber die anderen müssen sich für die Personalratssitzung und andere Aufgaben aus ihrer Kita loseisen und ihre KollegInnen übernehmen dann die Arbeit. Das fällt vielen nicht leicht und sie haben ein schlechtes Gewissen, obwohl sie mit ihrer Personalratsarbeit doch die Interessen der KollegInnen vertreten. Das kann schon ein Spagat sein. Dabei profitieren die KollegInnen in der Kita davon, wenn eine von ihnen im Personalrat ist: denn man bringt immer neues Wissen mit zurück, das in der täglichen Arbeit von Vorteil ist. Natürlich ohne dass wir Vertrauliches aus der Personalratsarbeit nach außen tragen. Bei uns haben wir außerdem mit der Geschäftsstelle eine Kompensation vereinbart. Die Kitas, in denen Personalratsmitglieder tätig sind, erhalten acht Stunden Personalkapazität zusätzlich.

»Wir informieren, beraten und unterstützen viele Kolleginnen und Kollegen.«

Philipp: Das finde ich gut. Ansonsten ist es für ErzieherInnen ja wirklich etwas schwierig. Für Lehrkräfte ist das grundsätzlich einfacher geregelt. Im Personalrat Mitte läuft es so, dass alle Mitglieder eine Grundfreistellung von drei Unterrichtsstunden erhalten. Damit haben sie auf jeden Fall Zeit, um an der wöchentlichen Sitzung teilzunehmen und eventuell noch weitere Aufgaben zu übernehmen. Wer umfangreichere zusätzliche Aufgaben übernehmen will, kann mehr Stunden bekommen. Das klären wir im Personalrat untereinander. Außerdem kann in bestimmten Fällen eine Extra-Freistellung erteilt werden. Wenn ich zum Beispiel ein

INTERESSIERST DU DICH FÜR DIE PERSONALRATSARBEIT?

Kannst du dir eine Kandidatur vorstellen? Dann melde dich umgehend in deinem Bezirk bzw. deiner Abteilung oder bei der Koordinatorin der Personalratswahlen Katja Müller (katja.mueller@gew-berlin.de).
Die Aufstellungen der KandidatInnen für die PR-Wahlen im November finden in den nächsten Wochen auf den Mitgliederversammlungen der Bezirke und Abteilungen statt. Die Termine findest du auf Seite 28.

Beate Hadjiew ist stolz darauf, mit ihrem Personalrat durchgesetzt zu haben, dass jede Kita einen ergonomischen Arbeitsplatz erhält. FOTOS: GEW

Bewerbungsverfahren begleite, informiert die Dienststelle die Schule, dass ich an diesem Tag meiner Personalratstätigkeit nachgehe. Wir haben in Mitte einen vierköpfigen Vorstand inklusive der Vorsitzenden, die deutlich mehr Stunden erhalten und dementsprechend auch die meiste Arbeit machen.

Ich persönlich empfinde meine Arbeit als Personalrat nicht als Zusatzbelastung, im Gegenteil. Ich empfinde es als sehr gewinnbringend, über den Tellerrand zu schauen und zu erfahren, dass es auch noch etwas anderes gibt als die eigene Schule. Unser wöchentlicher Sitzungstag ist eine interessante Abwechslung und der Perspektivwechsel hat auch etwas Entlastendes.

Philipp Lorenz empfindet die Personalratsarbeit nicht als Belastung: Der Perspektivwechsel außerhalb der eigenen Schule ist aus seiner Sicht gewinnbringend. FOTO: GEW

Was könnt ihr den Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg geben, die für die Personalratswahl im November kandidieren wollen?

Beate: Wir freuen uns auf neue KollegInnen, die mitmachen. Sie sollen unbedingt ihre Themen und Ideen mit einbringen. Das bringt auch für uns Erfahrene frischen Wind. Eine gewisse Ausdauer ist für die Arbeit im Personalrat wichtig. Manche Dinge brauchen halt Zeit. Und ein bisschen mutig muss man sein. Mir hat meine Kollegin, die mich damals in den Personalrat geholt hat, gesagt, ihr sei aufgefallen, dass ich nicht auf den Mund gefallen bin und dass ich mir nicht immer alles gefallen lasse.

Philipp: Das denke ich auch. Es gehört schon ein bisschen Selbstvertrauen dazu. Wenn man mit der Behörde konfrontiert ist, muss man als Personalrat auch gerade stehen können. Ansonsten kann ich nur empfehlen: offen an die Arbeit rangehen, Spaß bei der Sache und Mut zum Widerspruch haben, zuhören und aufpassen, was die Erfahrenen einem so mitgeben können. Dann wächst man da, glaube ich, ganz schnell rein.

Wir danken euch sehr für das Gespräch.

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN ZUR LISTENAUFSTELLUNG FÜR DIE PERSONALRATSWAHL

Bezirke und Abteilung Berufliche Schulen

01 Mitte	26.05.2016	19 Uhr, GEW-Geschäftsstelle, Raum 31/32, Ahornstraße 5, 10787 Berlin
02 Friedrichshain-Kreuzberg	19.04.2016	17:30 Uhr, Dathe-Gymnasium, Helsingforser Str. 11-13, 10243 Berlin
03 Pankow	Stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest (voraussichtlich Ende Mai)	
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	19.04.2016	19:30 Uhr, GEW-Geschäftsstelle, Raum 31/32, Ahornstraße 5, 10787 Berlin
05 Spandau	28.04.2016	18 Uhr, Ort noch offen
06 Steglitz-Zehlendorf	10.05.2016	19:30 Uhr, Fichtenberg-Oberschule, im Zeichensaal (4. Stock), Rothenburgstr. 18, 12165 Berlin
07 Tempelhof-Schöneberg	26.04.2016	19 Uhr, Robert-Blum-Gymnasium, Kolonnenstraße 21, 10829 Berlin
08 Neukölln	27.04.2016	17 Uhr, Karlsgarten-Grundschule, Karlsgartenstraße 7, 12049 Berlin
09 Treptow-Köpenick	14.04.2016	17 Uhr, Schule an der alten Feuerwache, Speisesaal, Schnellerstraße 31, 12439 Berlin
10 Marzahn-Hellersdorf	27.04.2016	17 Uhr, Wilhelm-von-Siemens-Gymnasium, Anbau Sporthalle, Allee der Kosmonauten 134, 12683 Berlin
11 Lichtenberg	27.04.2016	17 Uhr, Ort noch offen
12 Reinickendorf	01.06.2016	17 Uhr, Jean-Krämer-Oberschule, Mensa, Alt-Wittenau 8-12, 13437 Berlin
13 Abteilung Berufliche Schulen	24.05.2016	18 Uhr, OSZ Lotis, Mensa, Dudenstr. 35/37, 10965 Berlin

Kita-Eigenbetriebe

Die Termine der Kita-Eigenbetriebe standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Wir informieren auf unserer Website www.gew-berlin.de

Bezirksämter

BA Mitte	Stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.	
BA Lichtenberg	01.03.2016	16:30 Uhr, Bezirksamt Lichtenberg, Dienstgebäude Alfred-Kowalke-Str. 24, Zi. 3.16, 10315 Berlin

Hochschulen

Freie Universität	08.03.2016	nähere Informationen folgen auf unserer Website www.gew-berlin.de
Humboldt-Universität	28.04.2016	18 Uhr, HU-Hauptgebäude, HS 1070, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Er konnte Menschen motivieren und mitreißen

Lothar Kunz, 5. Dezember 1945 – 16. Februar 2016

Als ich 1990 als gelernter Ossi zur GEW kam und weder von Gewerkschaften noch von Hochschulen wirklich Ahnung hatte, lernte ich Lothar kennen. Er war mein erster GEW-Referatsleiter und Wessi. Ich war begeistert von seiner Kampfeslust, seinem Intellekt, seinen klaren Worten (manchmal auch derben Sprüchen) und seiner schwäbischen Frohnatur – einschließlich des dazu gehörenden Dialekts. Lothar war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule der Künste (heute UdK) und dort faktisch die GEW. An ihm kam keiner vorbei. Er hielt den GEW-Laden der überwiegend in der Lehrkräftebildung tätigen KollegInnen zusammen. Lebendige Gewerkschaftsarbeit, nicht reden, sondern machen – das war sein Ding. Erst viel später habe ich mehr aus seinem bewegten Leben erfahren. Ob als AStA-Vorsitzender in der Pädagogischen Hochschule Esslingen (BaWü), als junger Revoluzzer in der GEW BERLIN im Kampf gegen Berufsverbote, Atomkraft und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, als Volksschullehrer im Wedding oder bei der Eingliederung der PH Berlin in die Hochschulen – Lothar stritt für Reformen, für demokratische Verhältnisse, gegen Hierarchien und konservative Strukturen. Er konnte Menschen motivieren und mitreißen. Er liebte seine Studierenden und sie liebten seine Herzlichkeit, seinen Humor und seine Begeisterung für Kunst, Musik und Literatur.

Dann der Schock 1998: Schlaganfall. Er gab nicht auf, auch wenn vieles nicht mehr ging. Besonders schmerzte ihn, dass er seine geliebte Flöte nicht mehr spielen konnte. Seinen Otto-Sinfonikern blieb er trotzdem treu.

Für mich war es eine große Ehre, ihn zusammen mit Klaus Will im Jahr 2010 für die SenioRita der blz interviewen zu dürfen. Lesen!

Ich bin tief traurig – aber auch glücklich, dass ich Lothar kennen lernen durfte. *Matthias Jähne*

Das Interview in der blz (SenioRita) ist abrufbar unter www.gew-berlin.de/1296_1347.php. Im Erinnerungsbuch der GEW BERLIN »Ein Leben ist immer ein Ganzes« beschreibt er noch ausführlicher in Wort und Bild seinen Werdegang.

POST AN DIE REDAKTION

Fortsetzung von Seite 5

Störung des Schulfriedens führen wird. Ich stimme Wolfgang Harnischfeger zu, dass die Schulverwaltung rechtzeitig für eine Regelung zu sorgen hat, die dem Toleranzgebot des §1 unseres Schulgesetzes entspricht. Und ich empfehle meiner Gewerkschaft ebenfalls, sich eine solche Position zu eigen zu machen. Die weltanschaulich neutrale Schule verbannt alle religiösen Symbole, also auch das Kopftuch – horribili dictu! Mir sind die Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht der Frau, über das Recht, die eigene Kleidung zu wählen, sattsam bekannt. Der Koran verlangt jedenfalls das Kopftuch nicht, bestimmte Imame und Koranschulen schon. Ich bin ziemlich sicher, dass die Diskussionen zu diesem Thema parteipolitisch aufgeladen werden, was dem Unterricht und der Atmosphäre in den Lehrerzimmern nicht dienlich sein wird. »Denn das Ausmaß der Re-Islamisierung darf nicht verharmlost werden«, so der Erziehungswissenschaftler, Prof. Ahmet Tobrak. Womit ein Kernproblem des Themas berührt wird, das Kopftuchträgerinnen gern übersehen, wenn sie autobiographische Aspekte in den Vordergrund ihrer Entscheidung stellen. Wo Religion der Abgrenzung dient, stellt sie sich gegen die Demokratie. *Wilfried Seiring*

Christiane Boldin

(Jhg.1954)

ist am 23.2.2016 nach kurzer Krankheit verstorben.

Die Region Reinickendorf trauert um eine Kollegin, die nicht nur eine engagierte Lehrerin war, sondern sowohl beruflich als auch privat ihre gewerkschaftlichen Grundsätze gelebt und vertreten hat.

Man kannte sie aus vielen Gremien als aktives Mitglied.
Seit über 20 Jahren hat sie die Personalratsarbeit in Reinickendorf in wesentlichen Bereichen mitgestaltet und sich aktiv für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Darüber hinaus war sie in den letzten Jahren als Vertreterin der Frauenvertretung in der Region tätig.

Wir verlieren mit ihr viel zu früh einfach einen lieben Menschen!

Tschüss Christiane, wo immer du bist!

Ingrid Willam

* 6.8.1950
† 13.2.2016

Ingrid war auch im Ruhestand aktiv bei uns SeniorInnen.

Ob beim Stammtisch, auf unseren SeniorInnen- und Junge-Alte-Treffen, auf Ausflügen oder Diskussionsveranstaltungen – Ingrid brachte sich ein.

Sie wird uns fehlen!

SeniorInnen und Junge Alte

Flüchtlingshilfe auf Lesbos

Claus Kittsteiner ist ehemaliger Lehrer am Berlin-Kolleg, langjähriges GEW-Mitglied und engagiert sich in der Initiative »Respekt für Griechenland«. Von November 2015 bis Januar 2016 leitete er das Projekt »Volunteers for Lesvos« auf der Ägäisinsel. In diesem Interview berichtet er über seine Motive, zu helfen und über seine Erfahrungen in Griechenland.

Das Gespräch führte Jule Axmann, Attac Frankfurt, Februar 2016

Claus, was hat für dich den Ausschlag gegeben, dich vor Ort auf Lesbos zu engagieren?

Claus Kittsteiner: Mein Entschluss, mich länger an einer der Fronten des Fluchtgeschehens persönlich einzubringen, entstand im August letzten Jahres. Damals half ich an der Nordküste von Lesbos, die mit Schlauchbooten aus der Türkei ankommenden Flüchtlingsfamilien mit dem Nötigsten zu versorgen, sie an die Sammelstellen und zur medizinischen Erstversorgung zu fahren und je nach sprachlichen Möglichkeiten mit ihnen zu kommunizieren. Dieser direkte Kontakt zu den Betroffenen ließ den Gedanken in mir wachsen, mich dort ab Herbst für ein paar Wochen als Helfer einzubringen.

Welche Art der Hilfe ist vor Ort wichtig?

Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig eine kontinuierliche längerfristige Zusammenarbeit mit vor Ort engagierten Initiativen wie beispielsweise der Noborderkitchen und Nichtregierungsorganisationen verschiedener Größe, Herkunft und Zielsetzung ist. Anreisende Hilfswillige erledigen Flüchtlingsbetreuungsarbeit wie in ihren Heimatorten auch: sie sortieren und verteilen gespendete Kleidung, helfen beim Kochen, der Essensausgabe oder bei der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge, die auf ihre für die Weiterreise notwendige Registrierung warten. All diese Arbeiten werden auf Lesbos von Freiwilligen verrichtet. Die EU und die Regierungen verweigern sich hartnäckig. Sie behaupten, illegale GrenzverletzerInnen zu unterstützen, entspräche nicht den EU-Normen. Wer liegt hier wohl falsch, die aus bekannten Gründen nach Europa Flüchtenden oder die EU-Regeln, die zum Tod von immer mehr Menschen führen?

Was hast du bislang dort erlebt?

Am meisten erschüttert haben mich Augenzeugenberichte von Bootsinsassen. Bei einer nächtlichen Überfahrt wurde ein schreiendes Kleinkind vom Schlepper über Bord geworfen, aus Furcht, von der Küstenwache entdeckt und in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Ähnliches hatte ich bereits von der Region Lampedusa gelesen. Doch auch die tagtägliche Wahrnehmung der erschreckten Gesich-

VOLUNTEERS FOR LESVOS

... ist ein Projekt der Initiative **Respekt für Griechenland**. Seit November 2015 unterstützt das Projekt Organisationen und Gruppen auf der griechischen Insel Lesbos, die sich vor Ort um ankommende Flüchtlinge kümmern. Zu diesem Zweck werden Teams mit wechselnden Freiwilligen zusammengestellt, die einige Wochen auf Lesbos mithelfen. Ihre Arbeit ist ehrenamtlich, jedoch entstehen Kosten für Reise, Lebenshaltung und Administration.

Die Initiative **Respekt für Griechenland** wird von der GEW BERLIN unterstützt. Weitere Informationen und Möglichkeiten der Unterstützung finden sich hier: *www.initiative-respekt-fuer-griechenland.de*

Schreiende Kinder, erschöpfte Eltern, sorgenvolle Großeltern – dazwischen Menschen, lachend vor Glück über die gelungene Flucht nach Europa. FOTOS: CLAUS KITTSTEINER

ter in ankommenden Booten geht nah – schreiende Kinder, die getröstet werden müssen, neben sorgenvoll schauenden Familienangehörigen von völlig erschöpften Großeltern. Dazwischen aufgeregt lachende Menschen. Oft auch junge Leute, die per Handy den in der umkämpften Heimat Zurückgebliebenen als erstes ihr Glück über die gelungene Flucht nach Europa mitteilen.

In den fast drei Monaten auf Lesbos hatte ich mit vielen Menschen Kontakt, im Team, mit internationalen Volunteers, im Alltag der Stadt mit den meist sehr freundlichen Einheimischen und vor allem mit verschiedensten Menschen, die ihre Sprache mitbrachten. Sie sprechen Arabisch, Farsi, Urdu und mehr. Zum Teil war es über die englische Sprache möglich, etwas von ihrem Leben und ihren Zukunftsträumen zu erfahren. Es war manchmal nicht leicht zu schweigen, wenn junge Männer aus Pakistan mir vorschwärmten, was sie zuhause über »Germany« gehört hatten und woran sie nun bald teilhaben würden. Sollte ich ihnen, den frisch Angekommen, ihre Hoffnungen nehmen?

Was ist dein persönlicher Antrieb, dich dieser schwer erträglichen Realität auszusetzen?

Ich bin selbst Vertriebener. Meine Mutter floh mit uns zwei Kindern aus dem Bombenhagel auf Berlin kurz vor Kriegsende 1945 nach Süddeutschland. Geschützt von der Körperwärme eines LKW-Fahrers, der mich unter seinen Mantel gepackt hatte, blieb mir das Schicksal der bei dem strengen Frost erfrorenen Kleinkinder, die tot am Straßenrand lagen, erspart. Nun erlebe ich ähnliche Umstände wieder, diesmal als Helfer hier an der Ägaisküste, mit strenger Kälte, Sturm, hohen Wellen, ertrunkenen Kindern und Erwachsenen. Flucht als Folge von Krieg, damals wie heute. Krieg als Folge von kolonialer und neokolonialer Machtpolitik und der durchsetzung von ökonomischen Interessen, alles wiederholt sich. Auch die Migration als Resultat einer falschen Politik auf Kosten der Menschen. Und nun kommen sie, sind sie da, die Menschen aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten!

Was können wir tun, um zu helfen?

Auf politischer Ebene müssen wir an dem solidarischen Europa von unten arbeiten, denn von oben wird das nichts. Immer wieder müssen wir deutlich machen, dass neoliberale Globalisierung und Migration zwei Seiten einer Medaille sind. Eines ist sicher: Solange das Elend der bewaffneten Kämpfe und der Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat weitergeht, werden sie unterwegs sein als MigrantInnen. Die Frage an jeden und jede Einzelne von uns stellt sich: Was passiert in mir angesichts dessen? Wo ist mein Platz, was kann ich tun, außer darüber zu reden? JedeR Einzelne kann sich kümmern – theoretisch und praktisch, zuhause oder vor Ort!

Claus, herzlichen Dank für das Gespräch!

ANZEIGE

GRIPS

Kriegerin

Nach dem Film von David Wnendt | ab 9. Klasse
Abendvorstellungen 23. April, 19.30 Uhr | 1. Juni, 18.00 Uhr
Schulvorstellungen 25. und 26. April, 2. und 3. Juni, 11.00 Uhr
GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030-39 74 74-77 | grips-theater.de

Auf Hamlet-Basis zeigt die Schaubühne in »Ophelias Zimmer« die Zerstörung eines Mädchens. Ophelia ertrinkt in ihrem überfluteten Zimmer, erdrückt in einer Männer-dominierten Welt.

FOTO: GIANMARCO BRESADOLA

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Im **Grips** eine bewegende 350. Aufführung von *»Ab heute heißt du Sara«*, in Anwesenheit von Inge Deutschkron und vielen Darstellerinnen aus früheren Jahren. Zugleich eine Hommage an Inge Deutschkron, nach deren autobiographischem Bericht »Ich trug den gelben Stern« das Stück von Volker Ludwig und Detlef Michel geschrieben wurde. Leider ist es immer noch aktuell in der Konfrontation zwischen freundlich selbstloser Hilfe, die damals besonderen Mut erforderte, und aggressiver Verfolgung. Und leider ein prophetisches Stück: »Die machen einfach weiter, diese Verbrecher. ... Wir können mit denen doch nicht ewig weiterleben, bis sie ausgestorben sind.« So ein wütend-verzweifelter Ausruf in der letzten Szene. Und die Antwort: »Sowas stirbt nicht aus.« (ab 15).

Unter dem Titel *»Fremd, Fremder, Fremde«* zeigten SchülerInnen des Gymnasiums Tiergarten Ergebnisse einer thematisch bestimmten Theater-Werkstatt in Zusammenarbeit mit dem **Grips**-Theater: szenische Fragmente, die präzise Aussagen vor allem in bewegte Bilder übersetzen. Eindrucksvoll fand ich die Auseinandersetzung der SchülerInnen mit »Schlagzeilen«: wie sich ein Ereignis durch die Wahl der Schlagzeile in ein besonderes Licht setzen und dadurch profilieren, aber auch verfälschen lässt; von den SchülerInnen fantasievoll durchexerziert an ihrer eigenen Aufführung.

In der **Parkaue** *»Soft gun«*, ein 70-minutiges schwedisches Solostück von Mats Kjelbye: der Monolog eines jugendlichen Straftäters, eine (auch körperlich) beeindruckende schauspielerische Leistung (gespielt seit 2009). Die krude Erzählung bleibt meist an der Oberfläche der Ereignisse; es gibt aber immer wieder Momente, die tiefere Schichten ahnen lassen. Eher unglücklich dann der »Regieeinfall«, einen der zuschauenden Schüler als »Gesprächspartner« auf die Bühne zu holen; das lenkt das Interesse der Zuschauenden vom Inhalt der Szene ab, banalisiert die Situation und führt prompt zu Gekicher im Publikum, verspielt also die Chance, eine tiefere Schicht dieser problematischen Lebensgeschichte zu erkunden (ab 15).

»Borgen« in der **Schaubühne**, auf die Bühne gebracht nach einer dänischen TV-Serie, will Politik einsichtig machen; die überaus lange Aufführung ertrinkt in Worten, ist gespickt mit dänischen Namen, braucht Detailkenntnisse dänischer Innenpolitik. Die Schaubühnen-Bearbeitung könnte interessant sein als mediales Ereignis; als politische Bildung ist sie kaum zu empfehlen (ab Sek II).

Figuren, die wir aus dem Theater kennen, sind für die ZuschauerInnen immer nur in einem Teil ihres Lebens zu sehen; es kann also reizen, herauszufinden, was sie in den vielen Stunden ihres Lebens machen, die die DramatikerIn nicht beschrieben hat. Genau das macht die **Schaubühne** in *»Ophelias Zimmer«* mit Hilfe eines Textes von Alice Birch, der Ophelias Leben in vielen Mini-Szenen und Alltagsaktionen als eine Art Tod durch Ertrinken montiert. Zu sehen ist zunächst eine imposante Gestaltung von Zuschauerraum und Bühne: es gibt viel zu schauen. Im Gegensatz dazu die Banalität von Ophelias Tätigkeiten: Tee trinken, sticken, lesen, in Schuhe schlüpfen, Post empfangen – und gehorsam sein, was Männer so anordnen. Zerstörung eines Mädchens, das, in immer mehr Kleider gezwängt, sich kaum artikuliert, geschweige denn opponiert oder kämpft und schließlich in ihrem überfluteten Zimmer ertrinkt. Ein Beitrag zur Gender-Problematik? (ab Sek II – und: man sollte Shakespeares Hamlet wenigstens einigermaßen kennen!).

Hans-Wolfgang Nickel

MATERIALIEN

Herausforderungen für das Lehrerhandeln

Herausforderungen im Arbeitsalltag von Lehrkräften liegen nicht nur im Unterricht selbst, sondern sie sind oftmals auch organisato-

risch bedingt. Dazu gehören Probleme wie Lehrkräfteausfall und Fachkräftemangel oder die Herausforderung, bildungspolitische Vorgaben umsetzen zu müssen, ohne dass sich die Ressourcen der Schulen verändern. Heft 1/2016 der Zeitschrift »DDS – Die Deutsche Schule« greift einige solcher Herausforderungen auf: Die AutorInnen befassen sich mit der Problematik des fachfremden Unterrichtens, veranschaulichen die Möglichkeit des fächervernetzenden Unterrichts, bieten eine Übersicht über Forschungsbefunde zur LehrerInnenkooperation und behandeln Ansprüche und Zielsetzungen der »Einführungsphase« in die Sekundarstufe II. Mehr unter: www.dds-home.de

Das Heft zu Flucht und Asyl
In der Unterrichtsreihe «Was geht?" der Bundeszentrale für politische Bildung ist eine neue Ausgabe zum Thema Flucht und Asyl erschienen. In dem kostenlosen Heft werden aktuelle Debatten und Fragestellungen leicht verständlich für den Schulunterricht und die außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen aufbereitet. Download unter http://www.bpb.de

DaZ-Materialien in gute Hände
Aufgrund ihrer Pensionierung gibt eine Lehrerfortbildnerin alternative Unterrichtsmaterialien DaZ (Kl.1-6 + Willkommensklassen) und Frühenglisch in gute Hände. Es stehen zwei Quadratmeter Unterrichtsmaterialien sowie didaktisches Material aus ihrer 15jährigen Fortbildungstätigkeit zur Verfügung. Die Kollegin schreibt: »Ich möchte sie nicht irgendjemand zum »Rosinenlesen« hinterlassen, sondern suche eine langfristige Stelle, wo ebenso ganzheitlich und handlungsorientiert gearbeitet wird, wie wir es vor einigen Jahren unter dem Schlagwort »Neue Lernkultur*« versucht haben.« Kontakt: bildungscoaching@gmx.de

Deutsch und Kunst für Sekundarstufe
Eine pensionierte Kollegin gibt aktuelle Unterrichtsmaterialien in den Fächern Deutsch und Kunst für die Sekundarstufe an junge KollegInnen weiter. Es handelt sich schwerpunktmäßig um folgendes: Cornelsen Lesebücher 7-10, Mat. Stark-Verlag, Bd. zur Literaturgeschichte, Jugendlektüre, Kunst: Bildbände, Unterrichtsanregungen vom Verlag an der Ruhr, Kunststunde (Als- Verlag), Pelikan –Hefte, Linoldruck Mappe, H. Schöttle Kunst – aktiv kreativ, Ausstellungskataloge. Kontakt: wsiebke-buensow@web.de

KORREKTUR BERLINER SCHULKALENDER / GEW-KALENDER

Im »Berliner Schulkalender« bzw. »GEW-Kalender« ist das Ende der Pfingstferien im laufenden Schuljahr falsch angegeben. Letzter Ferientag ist Mittwoch, der 18.05.2016.

AKTIVITÄTEN

Radtour in die Uckermark
Die diesjährige GEW-Frühjahresradtour ist für Samstag, den 7. Mai geplant. Es geht in die Uckermark. Treffpunkt und genaue Startzeit werden rechtzeitig bekannt gegeben. Kontakt und Anmeldung bitte bei Manfred Triebe unter umtriebe@web.de

NeuSTART für Geflüchtete
START schreibt rund 200 Stipendienplätze für Schülerinnen und Schüler aus, die seit Kurzem in Deutschland leben. Das START-Schülerstipendienprogramm ist die größte deutsche Förderinitiative für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ziel ist die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen für die schulische und berufliche Laufbahn sowie für eine aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. START richtet sich an motivierte Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und bietet ein zweijähriges Stipendienprogramm auf dem Weg zu einem qualifizierten Schulabschluss. Mehr Infos unter www.start-stiftung.de

Studienreise in den Gulag
Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst veranstaltet vom 27. Juni bis 4. Juli 2016 eine Studienreise nach Archangelsk. Thema der Reise ist Beschäftigung mit dem sowjetischen Gulag-System, eine Bootsfahrt zu einem ehemaligen Lager, das Kennenlernen der Kultur des waldreichen russischen Nordens. Reisekosten incl. Flug, Unterkunft mit Halbpension, Transfers, Eintritte: 1.200 Euro. Begrenzte TeilnehmerInnenzahl. Die Reise wird vom Berliner Senat als Bildungsreise anerkannt. Anmeldungen bei der Reiseleiterin Ingrid Damerow oder bei Perelingua Sprachreisen, Finckensteinallee 102, 12205 Berlin. Tel: 915 61 026, E-Mail: ingrid.damerow@google-mail.com

Aktiv für Afrika
Die Aktion Tagwerk ruft im Rahmen der Kampagne »Dein Tag für Afrika« Schülerinnen und Schüler auf, einen Tag lang arbeiten zu gehen, Hilfsdienste zu leisten oder Aktionen wie einen Solidaritätsmarsch, einen Flohmarkt oder Kuchenverkauf zu organisieren. Der Erlös ihres Tagwerks geht an Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche in Burundi, Ghana, Ruanda, Südafrika und Uganda. Auch bereits bestehende Schulpartnerschaften können gefördert werden. Erstmals werden auch Bildungsprojekte für junge Geflüchtete in Deutschland gefördert. Der bundesweite Aktionstag findet am 21. Juni 2016 unter dem Motto »Zukunft bilden!« statt. Schulen können ihren Aktionstag aber auch an einem Alternativtermin veranstalten. Infos und Unterrichtsmaterialien: www.aktion-tagwerk.de

FORTBILDUNG

Antigewalttraining
Qualifizierung zum/zur systemisch-lösungsorientierten TESYA-AntigewalttrainerIn für Kinder und Jugendliche. In sieben Modulen werden Sie in einem berufsbegleitenden Intensivlehrgang in kleiner Gruppe zum/zur AntigewalttrainerIn ausgebildet. Die Praxisphase im Anschluss findet in engmaschiger supervisorischer Begleitung statt. Start: Juni 2016. Infoveranstaltung am Freitag, 15.4., 16:30 Uhr, Tel: 030-74 773 117, www.ifgg-berlin.de

STELLEN

Eine kleine öffentliche Schule des Zweiten Bildungsweges sucht zum nächsten Schuljahr eine/n engagierte/n KollegIn, idealerweise mit den Fächern Deutsch/Chemie und ITG. Unsere SchülerInnen, die aus den Kriesengebieten der Welt kommen, sind hochmotiviert, in einem Jahr ihren Abschluss (BBR, eBBR, MSA) zu erreichen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung! Albert-Einstein-Volkshochschule, Standort in Schöneberg-Friedenau a.d. Ruppin-Grundschule, Offenbacher Str. 5a 14197 Berlin, Tel: 030 9 02 77-43 21, E-Mail: zbw-vhs.t-s@web.de

Wir bezahlen deine Kinderbetreuung!

Mitglieder der GEW BERLIN bekommen ihre Kinderbetreuungskosten während Veranstaltungen oder Seminaren der GEW für Kinder bis zu 14 Jahren mit 10 Euro die Stunde bezuschusst.

Mehr Infos unter www.gew-berlin.de/14559.php

SENIORiNNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste. Falls nicht besonders angegeben, ist keine Anmeldung nötig. Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden.

Veranstaltungen der SeniorInnen / Jungen Alten:

- *GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen:* 27. April und 25. Mai von 14.30 bis 16.30 Uhr im »Ulrichs – Café, Küche und Kultur« in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11/Eingang Ahornstraße, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

- *GEW-Chor:* 13. und 20. April, 4. und 18. Mai sowie 8. Juni um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

- *GEW-Singkreis:* 27. April und 11. sowie 25. Mai um 17.30 im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

- *Führung durch das Otto-Beck-Sciencecenter Medizintechnik*, 5. Mai, Dauer: 90 Minuten, kostenfrei, Treffpunkt: 16 Uhr, Ebertstraße 15a, 10117 Berlin, U + S-Bahnhof Potsdamer Platz, Busse: 100,200, 347, M41 und M85, Kontakt: Marianne Pousset, Tel: 8 83 23 87

• *Besuch der Lernwerkstatt DaZ Mitte*, 11.Mai. Vorstellung der Sprachförderung in Willkommensklassen und in der Flüchtlingsbetreuung, Methoden der DaZ-Förderung und Vorstellung geeigneter Materialien, Treffpunkt: 11 Uhr vor dem Haus Turmstr. 75, 10551 Berlin, Anmeldung und Kontakt Eva Besler, Tel: 0176 48 64 82 88

• *Auf den Spuren der »Köpenicker Blutwoche«*, 26. Mai, Spaziergang mit Erich Juhnke durch die Köpenicker Gartenstadt, wo viele sozialdemokratische Opfer wohnten, und zum ehemaligen Gerichtsgefängnis mit Besichtigung des einstigen Folterraumes und einer Ausstellung, die von der Museumsleiterin erläutert wird. Treffpunkt: 10:30 Uhr, Eingangshalle S-Bahnhof Köpenick. Kontakt: Erich Juhnke, Tel: 9757564

• *Führung durch die beiden Gedenkkirchen und Besuch der Gedenkstätte Plötzensee*, 22. Juni, Treffpunkt: 10:30 Uhr vor der kath. Gedenkkirche Maria Regina Martyrum, Heckerdamm 230, 13267 Berlin, Wir besichtigen zunächst die kath. Gedenkkirche, anschließend die ev. Gedenkkirche und laufen dann zur Gedenkstätte Plötzensee (ca. 25 Minuten Fußweg). Der Eintritt ist frei. Anschließend Spaziergang durch den Volkspark Jungfernheide oder den Volkspark Rehberge. Kontakt über seniorinnen@gew-berlin.de

BSA Lichtenberg

• *Führung durch Alt-Prenzlauer Berg*, 13. April. Eine Stadtführerin zeigt und erklärt besondere Orte und Gebäude von Prenzlauer Berg bei einem Spaziergang vom Bahnhof Schönhauser Allee zur Gethsemane-Kirche, zum Helmholtz-Platz und zum Kindermuseum. Prenzlauer Berg: mal Arbeiterviertel, mal Aussteigergegend und nun mit beliebten Altstadtrevieren. Treffpunkt: 10:30 Uhr am S-Bahnhof Schönhauser Allee neben dem Einkaufszentrum »Schönhauser Arkaden«, Kontakt: Erich Juhnke, Tel: 9 75 75 64

• *Vom Majakowski-Ring zum Bürgerpark*, 25. Mai, Was hat es eigentlich mit dem »Städtchen« in Pankow auf sich? Bei einem Spaziergang um den Majakowski-Ring erfährt man, wie W. Pieck, O. Grotewohl, J. R. Becher und viele andere dort lebten. Danach geht es in einen der schönsten Parks Berlins, in den Bürgerpark mit Pavillon, Rosengarten und Pergola sowie einem Biergarten. Treffpunkt: 10 Uhr am S- und U-Bahnhof Pankow, am Garbaty-Platz, Kontakt: Erich Juhnke,Tel: 9 75 75 64

• *Ausflug nach Biesenthal*, 14. Juni, Bei einer Besichtigung der Lobetaler Bio-Molkerei in Biesenthal erhalten wir einen Einblick in den Produktionsablauf bei der Herstellung von Bioprodukten, wie Joghurt, Sahne, Dickmilch. Außerdem erfahren wir, wie Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben beteiligt werden. Beim Rundgang durch die Gärtnerei gibt es Anregungen zur Gestaltung von Heim und Garten. Zum Abschluss treffen wir uns zum Mittagessen. Unkosten: ca. 5 Euro. Wer am Essen teilnehmen möchte, melde sich bitte telefonisch am 8. Juni bei K. Hirschberger, Tel: 03 33 74 14 80, Treff: 8:50 Uhr, S- und Fern-Fahnhof Berlin-Lichtenberg, Bahnsteig 22, Fahrverbindung: 09:07 Uhr Richtung Eberswalde bis Biesenthal, Führung: Beginn 10 Uhr, 2 Euro pro Person, Kontakt: Käthe Hirschberger, Tel: 9 93 59 10

BSA Pankow

• *Dienstag, 12. April 2016*, Frau Friedrich führt uns in Lichtenberg. Vom verschwundenen Hochhaus über die Normannenstr. bis zum Heiratsschwindler. Treff: 10.30 Uhr am U-Bahnhof Frankfurter Allee – Ausgang Möllendorfstr. im Zwischengeschoss, Eintritt: 3 Euro, verantwortlich: Kolln. Slateff

• *Dienstag, 10. Mai 2016*, 11 Uhr: Wir statten dem Schloss Britz sowie dem Schlosspark einen Besuch ab mit sachkundiger Führung. Treff: 10.45 Uhr vor dem Schloss in Alt-Britz 73 in 12359 Berlin, Eintritt: 7 Euro, Verkehrsverb.: U bis Parchimer Allee, Bus 181 bis Britzer Damm/Mohriner Allee, verantwotlich: Kolln. Lange

• *Dienstag, 21. Juni 2016:* Wir haben vor, in diesem Jahr die Pfaueninsel zu besuchen unter der Leitung unseres sympathischen Roland Lehmann. Zur Stärkung wollen wir wieder ausgiebig picknicken. Zum Treffpunkt und -zeit kann ich leider noch nichts Verbindliches mitteilen. Bitte ruft, wennInteresse besteht, zwei Wochen vorher auf einer unserer Telefonnummern an: Kolln. Slateff 9 86 48 37, Kolln. Lange 65 48 42 50, Kolln. Mannschatz 42 80 74 77, Kolln. Hartung 4 21 72 23, verantwortlich: Kolln. Slateff

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2016
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation und Singen – Impulse für die Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber
- Kompaktseminar: Didaktik und Methoden

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Radurlaub Andalusien
GENUSSRADELN MIT KULTUR AM SCHÖNSTEN ORT SPANIENS
www.radurlaub-conil.com
Telefon: 0152 - 535 779 32

bleifrei Medien Kommunikation
Erkelenzdamm 9
10999 Berlin
Tel.: 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de

Für alle Fälle

Darf meine SchulleiterIn unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,56%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Studiosus
smart & small
KLEINE GRUPPE max. 15 Gäste
AUSZEIT MIT KULTUR
z. B. ANDALUSIEN
Alhambra und weiße Dörfer, stilvolle Landhotels zwischen Orangen- und Olivenhainen, Tapas, Flamenco und viel Zeit zum Relaxen.
9 Tage mit Studiosus-Reiseleitung ab 1995 €
Intensiverleben
Mehr Infos zu Studiosus-Reisen erhalten Sie bei:
KÖGELREISEN
Studien- und Erlebnisreisen
Hartmannstraße 30 • 12207 Berlin
Tel.: (030) 771 30 10 • Fax: 771 30 133
www.koegelreisen.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

Von hier an ... ... geht es aufwärts!
Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!
Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
z. B. Krakau 6 Tage inkl. Prog. Stadtführung inkl. ab 152,– €
z. B. Prag 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundfahrt inkl. ab 144,– €
z. B. Dublin 5 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang inkl. ab 199,– €
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
mitten im Ruppiner Seenland
jbs Flecken Zechlin
Programme für
Klassenfahrten
Gruppenreisen
www.dgbjugendbildungsstaette.de
Info: 033923 7400

BUSART-TOURS GmbH
...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

Ihre Farbanzeige in der bbz
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 613 93 60 oder
info@bleifrei-berlin.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

JETZT beginnt die Buttonszeit!
Selberdenken!
Schulfest 2016
Und die schönsten Buttons machen Sie selbst!
Ideal für Feiern wie Sommer- und Herbstfeste in Schule oder Kita.
Wir verkaufen und verleihen auch Maschinen, Material und Zubehör.
Mehr Infos unter:
www.shop.graph-druckula.de
GRAPH DRUCKULA
Graph Druckula GmbH · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin · Fon (030) 694 016 20 · Fax 694 016 25

11. APR	18.30 Uhr	**Literaturkreis**
12. APR	19.00 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
13. APR	17.00 Uhr	**FG Integrierte Sekundarschule/Gemeinschaftsschule:** Arbeit der Berufs- und Studienorientierungsteams
13. APR	17.00 Uhr	**AG Willkommensklassen**
13. APR	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
14. APR	17.00 Uhr	**Themenabend Griechenlanddelegation**
14. APR	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**
20. APR	15.00 Uhr	**SeniorInnen / Junge Alte:** Erfahrungsberichte aus der Flüchtlingsarbeit
21. APR	09.00 Uhr	**Fachtagung »Arbeitsbelastung und Arbeitszeit von Lehrkräften«**
21. APR	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**
21. APR	18.00 Uhr	**AG Sprachlehrer*innen**
21. APR	18.00 Uhr	**Kita AG**
26. APR	16.30 Uhr	**AG Gesundheit**
26. APR	16.30 Uhr	**AG Frieden**
26. APR	17.00 Uhr	**Info-Veranstaltung zum Referendariat**
26. APR	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**
27. APR	15.00 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**
04. MAI	16.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**
10. MAI	18.30 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
11. MAI	17.00 Uhr	**AG Frieden**
11. MAI	17.00 Uhr	**FG Integrierte Sekundarschule/Gemeinschaftsschule**
11. MAI	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
12. MAI	18.00 Uhr	**FG Gymnasium**
18. MAI	15.00 Uhr	**SeniorInnen / Junge Alte:** Iran - zur politischen und sozialen Situation
19. MAI	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**
19. MAI	18.00 Uhr	**Kita-AG**

ISLAMISMUSPRÄVENTION IN DER SCHULE

In der kostenfreien Fortbildung »Islamismusprävention in der Schule« werden pädagogische Umgangsweisen mit den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus vorgestellt. Welche Erfahrungen und Erwartungen bringen SchülerInnen muslimischen Glaubens in den Schulalltag mit ein? Wie kann ich demokratie- und freiheitsfeindliche Denk- und Verhaltensweisen erkennen und ihnen in der pädagogischen Arbeit begegnen? Das Seminar findet am **5. Juli von 9 bis 16.30 Uhr** statt und wird von Götz Nordbruch, Islamwissenschaftler und Co-Geschäftsführer des Vereins ufuq.de, durchgeführt. Es richtet sich an Lehrkräfte, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen an Schulen. Anmeldung über: info@gew-berlin.de

WAS FÜHRT ZU KRIEG IM NAHEN OSTEN?

Die AG Friedenserziehung und Friedenspolitik in der GEW BERLIN lädt zu ihrem nächsten Themenabend: »Naher und Mittlerer Osten: Welche Interessen führen zu Tod und Zerstörung?« **Am 12. April um 19.30 Uhr** referiert im GEW-Haus der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Prof. Mohssen Massarrat. Diskutiert wird über die Kriege und bewaffneten Konflikte in der Region, die regionalen Konkurrenzen und geostrategischen Begehrlichkeiten und Interessen – und die Chancen für Konfliktlösungen und Frieden. Eingeladen sind auch Nicht-Mitglieder der GEW.

Worum geht's beim 1. Mai? Unser Comic zeigt's im Innenteil ab Seite 18.

COMIC: DGB-JUGEND BERLIN-BRANDENBURG, DGB-JUGENDBILDUNGSSTÄTTE FLECKEN-ZECHLIN UND 123COMICS

GEW-Haus | Ahornstraße 5 | 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr | Telefonsprechzeiten ab 10 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0